



Plenarprotokoll

56. Sitzung

Freitag, 23. März 2007

Aktuelle Stunde	4022	Dr. Heiner Garg [FDP].....	4034
Finanzielle Auswirkungen der Un- ternehmensteuerreform auf den Landeshaushalt	4022	Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	4035
Antrag der Abgeordneten des SSW		Am Ausstieg aus der Atomkraft festhalten	4039
Anke Spoorendonk [SSW].....	4022	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frank Sauter [CDU].....	4024	Drucksache 16/1292	
Birgit Herdejürgen [SPD].....	4025	Manfred Ritzek [CDU].....	4039, 4051
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4026, 4031	Dr. Johann Wadehul [CDU], zur Geschäftsordnung.....	4041
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4028	Wolfgang Kubicki [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	4041
Lars Harms [SSW].....	4029, 4035	Jutta Schümann [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	4042
Tobias Koch [CDU].....	4030		
Günter Neugebauer [SPD].....	4032		
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	4033		

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	4042	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes.....	4065
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4042, 4055	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/1156	
Olaf Schulze [SPD].....	4044	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/1269	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4046	Günter Neugebauer [SPD], Berichterstatter.....	4065
Lars Harms [SSW].....	4049, 4052	Beschluss: Verabschiedung.....	4065
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4052		
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	4053		
Konrad Nabel [SPD].....	4056		
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	4057	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Erster Medienänderungsstaatsvertrag).....	4065
Gemeinsame Beratung		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1247	
a) Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturbeschleunigungsgesetz	4057	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	4066
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1282 (neu)		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes.....	4066
b) Verstärkung des Stromnetzes in Schleswig-Holstein.....	4057	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1252	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1288		Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	4066
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	4057, 4064	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik....	4066
Lars Harms [SSW].....	4058	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1253 (neu)	
Johannes Callsen [CDU].....	4060	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	4066
Regina Poersch [SPD].....	4061	Logistikkonzept für Schleswig-Holstein.....	4066
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4062	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1256	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4063	Beschluss: Annahme.....	4066
Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 16/1282 (neu) an den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss			
2. Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	4065		

Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes	4066	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1138	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1260 (neu)		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/1268	
Beschluss: Annahme.....	4066		
Bericht zur Eingangsphase der Grundschule	4066	Günter Neugebauer [SPD], Bericht- ersteller.....	4067
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1290		Beschluss: Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1138.....	4067
Beschluss: Annahme.....	4066		
Lokale Bündnisse für Familien in Schleswig-Holstein	4066	Organstreitverfahren von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen der Beantwortung von zwei Kleinen Anfragen	4067
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1295		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/1279	
Beschluss: Annahme.....	4066		
Gemeinsame Beratung			
a) Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängerinnen und -empfängern	4067	Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	4067
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/83		Beschluss: Annahme.....	4068
b) Förderung von Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften	4067	Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen	4068
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/91		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1086	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/1230		Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 16/1281	
Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatterin.....	4067	Hans-Jörn Arp [CDU], Bericht- ersteller.....	4068
Beschluss: Anträge Drucksachen 16/83 und 16/91 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt er- klärt.....	4067	Beschluss: Annahme des Antrages in der Fassung der Drucksache 16/ 1281.....	4068
Kinderförderung wichtiger als Ehegattensplitting	4067	Einsetzung einer Expertenkommission für eine Kommunal- und Verwaltungsstrukturereform in Schleswig-Holstein	4068
		Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1215	

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/1293	
Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	4068
Beschluss: Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1293.....	4068
Sprachheilverföderung in Schleswig- Holstein.....	4068
Beschlussempfehlung des Bildungs- ausschusses Drucksache 16/1299	
Sylvia Eisenberg [CDU], Bericht- ersterin.....	4068
Beschluss: Annahme des Entschlie- ßungsantrages Drucksache 16/ 1299.....	4069

* * * *

Regierungsbank:

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minis-
terpräsidenten und Ministerin für Bildung und
Frauen

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissen-
schaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich; jedenfalls alle, die hier sind. Erkrankt sind Frau Abgeordnete Susanne Herold sowie Herr Minister Dr. Christian von Boetticher. - Ich wünsche der Frau Kollegin und dem Herrn Minister von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Die Abgeordneten Claus Ehlers und Lothar Hay sind für den heutigen Sitzungstag beurlaubt. Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und die Herren Landesminister Döring und Wiegard beurlaubt.

Auf der Tribüne begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften von der Städtischen Realschule in Plön. - Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Finanzielle Auswirkungen der Unternehmensteuerreform auf den Landeshaushalt**

Antrag der Abgeordneten des SSW

Für die Abgeordneten des SSW hat die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ein paar Wochen hat das Weltwirtschaftsinstitut in Kiel die **Wachstumsprognose** für 2008 auf 2,8 % erhöht. Sie wissen, die **deutsche Wirtschaft** wuchs im letzten Jahr um 2,7 %. Die großen Unternehmen haben wieder Rekordgewinne erwirtschaftet. Deutschland ist weiterhin Exportweltmeister und wird es auch in diesem Jahr sein. Das ist der Hintergrund, vor dem die Bundesregierung letzte Woche mit ihrem sozialdemokratischen Finanzminister eine Unternehmensteuerreform beschloss, die die Unternehmen um mindestens 5 Milliarden € - nach DGB-Angaben vielleicht sogar um 10 Milliarden € - pro Jahr entlasten wird. Dieses Geld fehlt

(Anke Spoorendonk)

den öffentlichen Kassen in den nächsten Jahren. Experten sprechen davon, dass den öffentlichen Kassen bis zum Jahr 2011 insgesamt bis zu 30 Milliarden € fehlen werden.

Der Bundesfinanzminister argumentiert damit, dass die steuerliche Belastung der deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich viel zu hoch sei. Das haben wir der Presse entnehmen können. Richtig ist, dass der theoretische **Steuersatz** bei rund 39 % liegt. Der **EU-Durchschnitt** beträgt 30 %. Nach Berechnungen der EU sind es faktisch aber nur 20 %, weil es in dem deutschen Steuerrecht sehr viele Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen gibt. Das heißt, die deutsche Wirtschaft ist mit der realen Steuerlast - international betrachtet - immer noch wettbewerbsfähig. Sie ist Exportweltmeister. Ich sagte es vorhin schon: Fest steht, dass der Export auch weiterhin steigen wird. Deshalb ist die Frage, ob die deutschen Unternehmen jetzt wirklich weiter steuerlich entlastet werden sollten. Es ist die Frage, ob das vor dem Hintergrund eines Arbeitsmarktes, der immer noch von **Massenarbeitslosigkeit** geprägt ist, vor dem Hintergrund von Flaschenhalsproblemen und Weiterbildungsbarrieren die zentrale Problemstellung ist. Ich denke, das sind die beiden Agenden, die es gegeneinander abzuwägen gilt.

Es ist zwar löblich, wenn Herr Steinbrück jetzt viele Steuerschlupflöcher schließen will, aber von der Senkung der Körperschaftsteuer von 25 % auf 15 % und von der Absenkung der Steuern auf Gewinne von Kapitalgesellschaften von circa 39 % auf 29 % sowie von der weiteren Ungleichbehandlung von Kapital- und Personengesellschaften profitieren aus unserer Sicht weiterhin in erster Linie die **großen Konzerne**. Dazu kommt, dass die Verluste an Steuereinnahmen für die öffentliche Hand katastrophale Folgen hätten. Gesagt wird, dass es - langfristig gesehen - einen Ausgleich durch mehr Arbeitsplätze und höhere Gewinne geben wird. Aus Sicht des SSW ist all dies vorläufig noch eine Wunschliste. Es ist also reine Utopie. Dazu gehört, dass die **Mehrwertsteuer** erhöht worden ist. Dazu gehört, dass Menschen jetzt fragen: Warum kommt die Rente mit 67, die in Wirklichkeit eine Rentenkürzung darstellt? Fest steht, dass für viele Menschen nicht zu sehen ist, warum jetzt wieder Bürgerinnen und Bürger betroffen sind und Unternehmen entlastet werden sollen. Das hat auch aus Sicht des SSW nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die letzte Unternehmensteuerreform aus dem Jahr 2001 - auch mit einem sozialdemokratischen Bundesfinanzminister - wirklich zu katastrophalen Einbrüchen im **Landeshaushalt** geführt hat. Finanzminister Wiegard hat im Finanzausschuss Zahlen präsentiert, die deutlich machen, dass wir mit **Einbußen** im dreistelligen Millionenbereich rechnen müssen. Wenn ich bedenke, wie schwierig es war, mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 überhaupt eine Einsparung von knapp 300 Millionen € zu verabschieden, dann fühlt man sich - so denke ich - wirklich wie Sisyphus, dessen Felsbrocken, wenn er oben auf dem Berg angekommen ist, immer wieder herunterrollt.

Wie sollen diese **Einnahmeausfälle** aufgefangen werden? Welche weiteren sozialen Einschnitte müssen gemacht werden, um diese Verluste auszugleichen? Wie will man überhaupt eine solide Haushaltskonsolidierungspolitik führen? Wenn der Ausstieg der Steuereinnahmen, den es geben wird und den wir jetzt schon zu verzeichnen haben, zur Deckung dieser Ausfälle benutzt wird, dann stellt sich die Frage, was mit der Schuldentilgung ist, die alle wollen und die von der Großen Koalition auch als oberste Priorität angesehen wird. Mit einem Handstrich aus Berlin werden also die finanzpolitischen Anstrengungen der letzten Jahre ganz einfach zunichte gemacht. Damit werden auch die vielen Opfer der Kommunen und der Landesbediensteten sowie der vielen Organisationen und auch der Eltern im ländlichen Raum, um es einmal ganz konkret zu formulieren, zunichte gemacht. All diese Opfer waren umsonst. Darum sage ich: Die Landesregierung muss im **Bundesrat** gegen diese **Unternehmensteuerreformsteuer** stimmen. Das erwarten wir von ihr.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Hoffnung, dass es so kommen wird, weil sich nicht nur der jetzige, sondern auch der designierte Landesvorsitzende der SPD dahin gehend geäußert hat, dass man dieser Unternehmensteuerreform - so wie sie vorliegt - nicht zustimmen kann. Wir meinen also: Wenn es der SPD um den roten Faden der sozialen Gerechtigkeit geht und wenn ihr dieser Faden etwas wert ist, dann kann sie nur so vorgehen.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Insgesamt denke ich, dass wir als Landtag in der Pflicht stehen, deutlich zu machen, dass die Erfahrung, die wir mit der Unternehmensteuerreform 2001 gemacht haben, nicht umsonst sein kann. Wir können nicht so tun, als littten wir alle unter politischer Demenz. Wir müssen handeln. Hier müssen wir Nein sagen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich darf darauf hinweisen, dass nach § 32 unserer Geschäftsordnung jedem Redner fünf Minuten zustehen und das Verlesen von Reden unzulässig ist.

Für die Fraktion der CDU hat der Herr Kollege Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Steuerreformen lösen, wenn man sie debattiert, eigentlich nie ungeteilte Begeisterung aus, auch nicht bei denen, die die Steuerreformen befürworten. Das ist auch diesmal so.

Natürlich gibt es aus allen Bereichen Vorstellungen, die sich innerhalb des jetzigen Reformpakets nicht wiederfinden. Das ist auch bei mir so. Trotzdem befürworte ich diese Steuerreform, weil sie in den großen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhang passt.

Der große politische und gesellschaftliche Zusammenhang heißt: Fähigkeit Deutschlands zum **Wettbewerb** mit den europäischen Nachbarstaaten und darüber hinaus. Wettbewerbsfähigkeit heißt, dass man in Konkurrenz zu Ländern tritt, die ähnliche gesellschaftliche Strukturen haben und wo man nicht sagen kann: In Deutschland ist es so schön; das kostet viel Geld; deswegen erheben wir mehr Steuern und deswegen haben wir unseren Standortvorteil an anderer Stelle. Dies ist nicht der Fall, meine Damen und Herren.

Wer im Wettbewerb steht, sich aber dem Wettbewerb nicht stellt, sich mit ihm nicht auseinandersetzt, wird darin untergehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir hier auch über die Auswirkungen auf den Landeshaushalt und über Steuernehmeinnahmen, die auf der Grundlage von Daten der Steuerschätzung von Mai 2006 ermittelt worden sind, debattieren und anfangen, buchhalterisch ermittelte Zahlen zu einer Angstvorstellung werden zu lassen, und

dafür volkswirtschaftlich nicht notwendige und global geforderte Maßnahmen ergreifen, dann werden wir an unserer Ängstlichkeit scheitern und diesen Standort in seinem Wettbewerb zurücksetzen.

Was heißt „Wettbewerb der Standorte“? Die **europäischen Nachbarstaaten** haben seit Anfang der 80er-Jahre ihre Steuersysteme reformiert. Reformiert heißt nicht, dass die Staaten auf Unternehmensteuern verzichtet hätten oder gar Geschenke gemacht hätten, sondern reformiert heißt, dass sie die Bemessungsgrundlagen für die Versteuerung verbreitert und die Steuersätze geändert, und zwar gesenkt, haben. Dies bei konstantem oder steigendem Steueraufkommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

- Herr Hentschel, Sie sind Naturwissenschaftler. Sie können dies durchaus nachvollziehen: Es ist eine Gleichung ohne Unbekannte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Hier möchte ich einen kleinen Einschub machen. Auch bei der **Föderalismusreform II** werden wir eine Wettbewerbsdiskussion über das Einkommensteueraufkommen der Bundesländer und seine Gestaltbarkeit bekommen. Es werden bundeslandbezogene Hebelsatzregelungen diskutiert mit der Konsequenz, dass wir in der Einkommensteuerbelastung 4 bis 5 % Unterschiede in der Progression haben werden. Dies ist Wettbewerb, der die einzelnen Bundesländer dazu zwingen wird, ihre Systeme zu überdenken, ihre Haushalte zu reformieren und ihre eigenen Positionen neu aufzustellen.

Was bedeutet diese neue Steuerreform? Frau Spoorendonk hat erklärt, die Unternehmen kriegen die Steuern geschenkt. Das ist aber nicht der Punkt. Hier geht es um Folgendes: Die Steuersätze werden für diejenige **Gewinne** gesenkt, die im **Unternehmen** verbleiben. Ich bin mir sicher, dass sich von jeder Fraktion und von allen Seiten dieses Parlaments Redebeiträge gefunden werden, in denen gefordert wird: Wir müssen die Eigenkapitaldecke der Unternehmen stärken. Nichts anderes wird mit der neuen Steuerreform getan, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Effekt, der sich aus den Prognoseberechnungen über die Auswirkungen der Steuerreform niederschlägt, darf nicht übersehen werden. Es ist klar: Wenn die Gewinne, die in den Unternehmen verbleiben, für Investitionen verwendet werden, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden, die für Wirtschaftswachstum sorgen, dann ist es sinnvoll,

(Frank Sauter)

sie niedriger zu besteuern. Dadurch bekommt man natürlich zunächst einmal niedrigere Einnahmen. Aber, was an Gewinnen in den Unternehmen bleibt, wird irgendwann ausgeschüttet. Auch nach dieser Steuerreform wird die steuerliche Belastung der ausgeschütteten Gewinne insgesamt und unter dem Strich bei knapp unter 50 % liegen. Damit sind wir kein Billigsteuerland; dies werden wir in Deutschland sicherlich auch nie werden. Wir werden immer ein Steuersystem haben, das es uns ermöglicht, das, was wir als Gesetzgeber und in den Parlamenten zu verantworten haben, tatsächlich umzusetzen.

Wie ich sehe, ist meine Redezeit leider schon zu Ende.

(Zuruf von der CDU: Schade!)

- Ja, schade. Auch ich bedauere das.

Lassen Sie mich eine Schlussbemerkung machen. Die **Auswirkungen** auf den **Landeshaushalt** werden mit rund 80 Millionen € Mindereinnahmen beziffert. Ich bestreite diese Zahl. Ich möchte jetzt nicht eine Prognose abgeben, die eine Punktlandung bedeutete. Das haben schon andere versucht. Punktlandungen sind in der Politik immer gefährlich.

Aber wir haben einen Finanzminister, der Vorsorge getroffen hat. Wir haben eine globale Mindereinnahme von 50 Millionen € pro Jahr in den Haushalt eingestellt. Ich garantiere Ihnen, dass wir mit diesen 50 Millionen € tatsächlich auskommen werden.

Diese Unternehmensteuerreform ist tatsächlich eine Investition in die Zukunft. Für Investitionen braucht man Mut. Mut ist nicht die Sache von Buchhaltern, sondern die von Politikern. Ich gehe davon aus, dass dieses Haus ein Haus mutiger Politiker ist.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Spoorendonk, jede Prognose ist so gut wie ihre Annahmen. Wenn man deiner Argumentation folgen würde, Anke, dann würden wir uns in eine Reformunfähigkeit begeben. Das sollten wir vermeiden.

Die Zahlen, die uns im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf vorliegen, unterliegen einer ganzen Reihe von angenommenen Entwicklungen, die zwar einigermaßen plausibel, aber nicht sicher sind.

Nach oben wie nach unten gibt es Unsicherheiten. Bestimmte dynamisierende Effekte sind nicht eingerechnet, die durchaus positive Einnahmeentwicklungen verursachen könnten. Die Aussagen über die tatsächlichen **Auswirkungen** nach oben wie nach unten sind zurzeit also nicht wirklich belastbar.

Wenn wir uns an den derzeitigen Prognosen entlanghangeln - das hat Kollege Sauter schon angesprochen -, dann wird deutlich: Wir haben in unserem Haushalt einen Puffer eingebaut. Er wird aller Voraussicht nach aber nicht ausreichen, die Einnahmehausfälle kurzfristig aufzufangen. Diesen Effekt haben wir in unserer Fraktion sehr strittig diskutiert. Möglicherweise muss man an der einen oder anderen Stelle überlegen, wo Nachbesserungen sinnvoll sind, die sich auch langfristig auswirken. Bei einer Steuerreform geht es ja nicht darum, nur auf das nächste Jahr zu schauen, sondern wir wollen langfristige Effekte erzielen.

An dieser Stelle stehen wir vor der Frage, ob wir die Steuerreform vom Grundsatz her so akzeptieren wollen, wie sie vorgelegt worden ist. Kollege Sauter hat die Einzelheiten schon angeführt. Wir wollen von unserer Fraktion aus - das sage ich ganz deutlich - mehr **Transparenz** des Systems. Wir wollen die Bestandteile mit Signalfunktion für Investoren - das sind die Steuersätze - reduzieren und damit einen deutlichen Anreiz zu einem größeren Engagement bei uns in Bezug auf Ansiedlungen bieten.

Im Gegenzug müssen wir Spielräume reduzieren, die sich aus dem derzeitigen Steuersystem ergeben, und die Möglichkeit bieten, sich der **Gewinnbesteuerung** zu entziehen, und damit zu einer Steuerbasis kommen, die breiter ist und damit auch mehr Stabilität für die Einnahmen, für das gesamte **Steueraufkommen** gibt. Wir wollen, dass die Vermischung von Einnahmeströmen der Gebietskörperschaften reduziert und damit auch für die Kommunen eine Stabilisierung der Einnahmen erreicht wird. Die kommunalen Landesverbände begleiten die gesamte Steuerreform sehr positiv. Auch das ist ein Punkt, den wir unseren Überlegungen berücksichtigen müssen.

Was die Gerechtigkeitsdebatte angeht, Anke, so ist eine Steuerreform ja nicht Selbstzweck. Das Stichwort „Wettbewerbsfähigkeit“ ist ebenfalls nicht Selbstzweck. Vielmehr geht es darum, dass wir als Politik einen verlässlichen Rahmen schaffen, damit die Unternehmen in Deutschland ihrer Aufgabe innerhalb unseres Gemeinwesens gerecht werden. Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen und natürlich die finanzielle Verantwortung, indem diese Unternehmen hier auch Steuern zahlen, ist

(Birgit Herdejürgen)

das eine. Aber es geht auch um die Verantwortung, was die **Schaffung von Arbeitsplätzen**, die zur Verfügungstellung von **Ausbildungsplätzen** angeht.

Dies ist eine kritische Bemerkung auch in Richtung der **großen Konzerne**: Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land sind sich dieser Verantwortung sehr bewusst. Das zeigen unsere Aktionen, die erfolgreichen Bündnisse für Ausbildung. Schwierig ist es mit den Konzernen, die sich aus durchaus nachvollziehbaren Gründen sehr an den betriebswirtschaftlichen Ergebnissen orientieren und wenig im Hinterkopf haben, wie es denn bei großen Entlassungswellen den Familien vor Ort geht. Daran werden diese Unternehmen auch zu messen sein.

Natürlich ist das Personal ein Kostenfaktor. Das ist völlig klar. Aber Unternehmen, die in Deutschland Gewinne erzielen - das ist zumindest unsere Position -, müssen sich auch unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verpflichten, und das ist eben nicht das freie Spiel der Kräfte, sondern die soziale Marktwirtschaft, die auch von der sozialen Verantwortung der Besitzenden geprägt ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Daran wird diese Reform zu messen sein. Für unsere Fraktion kann ich sagen: Reform ja, und zwar in den großen Bestandteilen, wie das der Kollege Sauter auch ausgeführt hat, Nachbesserungen aus fiskalischem Interesse möglicherweise auch, aber nicht vom grundsätzlichen Inhalt her, und das alles bei angemessener Berücksichtigung der Stabilität unseres Gemeinwesens.

Ich glaube, dass wir vom Grundsatz her mit dieser Unternehmensteuerreform auf dem richtigen Weg sind. Wir werden im Finanzausschuss noch ausreichend Zeit haben, dies zu diskutieren. Im Moment finde ich es angesichts der Zahlen und der Belastbarkeit der Zahlen, die uns vorliegen, schwierig. Ich würde mich von der Tendenz her aber den Prognosen des Kollegen Sauter durchaus anschließen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Oppositionsführer, der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist als Fraktion nicht ganz klar, was an dieser

Debatte eigentlich aktuell ist, liebe Kollegin Spoorendonk.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber ich will im Zuge der allgemeinen Beratung, die ausufert, einige Hinweise geben, wie man das selbst berechnen kann.

Grundsätzlich trägt Schleswig-Holstein etwa 3 % des Anteils der **Ländermindereinnahmen**. Der Bundesfinanzminister geht bei Mindereinnahmen - übrigens auch bei Mehreinnahmen - grundsätzlich davon aus, dass es sich in etwa um 6 Milliarden € handelt. Der Länderanteil - die Hälfte - betrüge somit 3 Milliarden €. Heruntergebrochen auf den Anteil Schleswig-Holstein, wären es ungefähr 100 Millionen €. Wenn man den kommunalen Anteil mit 17,74 % abzieht, landen wir bei 82 Millionen €. Das kann man also selbst schnell berechnen.

(Beifall bei der FDP)

Darüber haben wir bereits im Dezember debattiert. Der Finanzminister hat damals eine Erklärung abgegeben und bedauerlicherweise den **Bundesanteil** gleich mit eingerechnet, um die Dimension deutlich zu machen. Anschließend hat er das auf der Grundlage einer Kleinen Anfrage der Kollegin Monika Heinold korrigiert. In der Antwort auf diese Kleine Anfrage kann man nachlesen, dass es sich für Schleswig-Holstein maximal um 82 Millionen € handeln werde. Nun ist auch das bedauerlicherweise eine Fehlinformation, weil niemand von uns genau voraussagen kann, welche Entwicklung eintreten wird, vor allem welche Nah-, Fern-, Neben-, sonstige Wirkungen und vor allem Rückkopplungen durch das Verhalten von Menschen in Unternehmen entstehen.

Ich sage das insbesondere deshalb, weil die Komplexität des deutschen Steuerrechts mit dieser **Unternehmensteuerreform** steigt und nicht sinkt. Zwar ist anzuerkennen, dass sich der Bund bemüht, die Steuerbelastungen der Unternehmen auf ein europäisches Mittelmaß herunterzudrücken. Das ist aber auch der einzige Vorteil dieser Reform. Der Rest ist nach unserer Auffassung das übliche Gewürge einer Großen Koalition. Das Unternehmensteuerrecht bleibt genauso undurchsichtig wie zuvor. International, Herr Kollege Sauter, gilt das deutsche Steuerrecht als das komplizierteste weltweit und ist es tatsächlich auch. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darüber geredet, dass wir das **Steuerrecht** vereinfachen wollen. Bedauerlicherweise ist - wahrscheinlich ähnlich wie bei der Vereinfachung von Vorschriften im Land - das genaue Gegenteil herausgekommen.

(Wolfgang Kubicki)

Ein Grund für die unnütze Komplexität ist die **Gewerbsteuer**, die die Große Koalition immer noch nicht abschaffen will. Viel besser wäre es, stattdessen den Kommunen ein Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuerschuld der Betriebsstätten und der Bewohner im Gemeindegebiet zuzubilligen, so wie dies im Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion vorgesehen ist. Dadurch würden alle Unternehmen - in den Worten des ehemaligen Finanz- und heutigen Innenministers: vom DAX-Konzern bis zur Pommeshütte an der Ecke - endlich Steuern in ihren Gemeinden zahlen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Auch die Freiberufler!)

- Selbstverständlich hast du mit einem Hebesatz auf die Einkommensteuer auch eine Belastung der Freiberufler, lieber Kollege Neugebauer.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein sinnvollerer Weg als die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer.

Die Unternehmensteuerreform der Bundes stellt keine Rechtsformneutralität der Besteuerung her. Im Gegenteil verzerrt sie die **Belastungen** zwischen **Körperschaften** und **Personengesellschaften** noch weiter. Für ein Land wie Schleswig-Holstein, das überwiegend personengesellschafts- und mittelständisch orientiert ist, ist das eine besondere Belastung. Denn bei den Personengesellschaften werden Gewinne künftig noch unterschiedlicher besteuert als bisher, je nach dem, ob sie thesauriert oder nicht. Das ist eine eindeutige Ungleichbehandlung von Einkommen aus Kapitalgesellschaften und Einkommen, das die Eigentümer von Personengesellschaften erzielen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang auch noch darauf hinweisen, dass die zu versteuern den Gewinne ja das Einkommen der Eigentümer von Personengesellschaften sind. Der Handwerksmeister kann nicht alles wieder in den Betrieb investieren. Er muss sein Einkommen, jedenfalls teilweise, aus dem Betrieb entnehmen und muss darauf höhere Steuern zahlen als Aktionäre auf Dividenden. - Doch, Kollege Sauter. Das ist das Ergebnis. Er muss höhere Steuern zahlen als Aktionäre auf ihre Dividenden, weil diese bei den thesaurierten Gewinnen, die in den Unternehmen bleiben, gleichzeitig eine Steigerung ihres Aktienwertes erhalten.

(Frank Sauter [CDU]: Der erfolgreiche Handwerker hat auch eine Steigerung seines Unternehmenswertes!)

- Er muss immer einen wesentlichen Teil dessen, was er erlöst, für seine eigene Existenz entnehmen und kann diesen nicht reinvestieren. Er hat sozusagen keine Chance, zur Wertsteigerung seines Unternehmens dadurch beizutragen, dass er Gewinne thesauriert, weil er auch noch seine eigene Existenz fristen muss, weil man ihm das, anders als anderen Personen, nicht aus öffentlichen Kassen erstattet.

Hinzu kommt, dass die „**Reichensteuer**“ vor allem die Eigentümer erfolgreicher Personengesellschaften trifft. Trotz aller sozialromantischen Vorstellungen schwächt man so die Bereitschaft zu unternehmerischem Engagement. Wenn dieses Engagement geschwächt, so kostet das reale und potenzielle Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP)

In der Euphorie über einen moderaten Aufschwung fällt das selbstverständlich nicht so auf. Aber jeder Aufschwung geht einmal zu Ende und dann wird der Katzenjammer groß sein, weil schon wieder die Chance verpasst wurde, eine sinnvolle Unternehmensteuerreform mit einem transparenten und international wettbewerbsfähigen Steuerrecht durchzusetzen. - Nicht nur der Steuersätze, sondern auch des Steuerrechts; darauf kommt es nach unserer Auffassung an.

Zu all dem konnten sich auch noch die Kräfte in der Bundesregierung durchsetzen, die es für sinnvoll halten, **Kosten** der Unternehmen zu besteuern. - Herr Kollege Sauter, es wäre - weil es in diesem Haus nur wenige mit Sachverstand gibt - nett, Sie würden mir Ihr Ohr leihen. - Kosten der Unternehmen besteuern - nichts anderes ist die Zinsschranke. Das ist ungefähr so, als würden Sie für ein neues Auto einen Kredit aufnehmen und dann die Zinsen, die Sie der Bank überweisen, anschließend auch noch versteuern müssten.

Diese Reform ist wegen der Senkung der Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften ein Schrittchen in die richtige Richtung, aber die Chance auf die positiven Wirkungen einer sinnvollen Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland wurde leichtfertig vergeben.

Anke Spoorendonk hat von 82 Millionen € für den Landeshaushalt gesprochen, wenn alles andere gleich bliebe. Es bleibt aber nicht alles andere gleich. Das hätten wir vorher wissen können. Wir wissen es jetzt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon mehr als erstaunt, dass Herr Kubicki aus einer Kleinen Anfrage zitiert, die heute Morgen abgestempelt wurde und mir als Antragstellerin zugegangen ist. Wir sollten einmal recherchieren, woher er sie hat.

Herr Kollege Kubicki, dies ist auch nicht gerade kollegial. Sie wissen genau wie ich, dass es das Recht der fragenden Fraktion gibt, eine Kleine Anfrage zunächst ein paar Tage selbst zu verwerfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Die 82 Millionen € haben Sie richtig herausgelesen. Wir haben die Zahlen der Landesregierung bekommen. Im Jahre 2008 sind die Kommunen mit 38 Millionen € und das Land ist mit über 80 Millionen € jährlich dabei, wenn die Zahlen des Bundesfinanzministeriums stimmen. Alle Schätzungen, die es auf Bundesebene gibt, sagen uns ja, dass die Zahlen des Bundesfinanzministers - er geht ja von einem Steuerverlust von über 6 Milliarden € jährlich aus - noch deutlich größer werden.

(Beifall beim SSW)

Frau Herdejürgen, ich wundere mich ein wenig, mit welcher Euphorie Sie diese Unternehmensteuerreform begrüßt haben. Ich habe wahrgenommen - mir liegt eine Pressemitteilung von Claus Möller und Ralf Stegner zur Unternehmensteuerreform vor -, dass die SPD-Fraktion erhebliche Bedenken hat.

Die Überschrift der Pressemitteilung Ihres Fraktionsvorsitzenden lautet: „Die Belastung der öffentlichen Haushalte ist zu hoch.“ Diese Position teilt meine Fraktion. Die Unternehmensteuerreform muss aufkommensneutral sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Die SPD-Fraktion sagt ganz klar, dass sie die Unternehmensteuerreform in der jetzt beschlossenen Weise nicht akzeptiert und sich dafür einsetzen wird, dass es zu einer Änderung kommt. Auch dies ist unsere Position.

Das große Problem in Berlin ist, dass man sich sehr schnell auf die Senkung der Steuersätze geeinigt hat, dass es aber völlige Unklarheit in der Frage der

Gegenfinanzierung gibt, ob diese Gegenfinanzierung eintritt und von wem sie erbracht wird. Da sage ich in aller Deutlichkeit: Wenn es so ist, dass die 20 Milliarden € jährlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung zu 50 % dadurch aufgebraucht werden, dass sie den großen Unternehmen geschenkt werden, dann machen wir das nicht mit. Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem täglichen Einkauf das bezahlen, was die „Heuschrecken“ hinterher einsammeln.

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich, Herr Sauter, gibt es eine Diskussion über die Frage, was die Werte in unserer globalisierten Gesellschaft sind und wie wir uns anpassen müssen. Aber wir müssen doch auch immer die Spaltung in unserer Gesellschaft im Blick haben. Die Spaltung zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahren vergrößert. Wir müssen alles tun, damit dies nicht noch weiter zunimmt, sondern dass die Armut bekämpft wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Antwort auf die Kleine Anfrage - sie wird Sie ja auch noch erreichen - macht mir ein bisschen Sorge. Sie macht mir erstens Sorge, weil sich die Landesregierung bisher überhaupt nicht aktiv in den Prozess auf Bundesebene eingebracht hat und dies auch nicht vorhat. Es heißt so schön: Die Landesregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf das weitere Verfahren oder auf die Ziele richten. Was sagt uns das?

Das zweite ist die Frage, wie sich denn der Schuldzinsenabzug auswirkt. Die Antwort der Landesregierung lässt zwei Dinge zu: Entweder war es eine Denksportaufgabe für uns, dann sollten wir das alle miteinander einmal lösen, oder die Landesregierung weiß selbst genauso wenig wie die Bundesregierung, wen es eigentlich im Lande trifft und wer eigentlich davon profitiert. Da ich noch ein bisschen Zeit habe, lese ich Ihnen einmal drei, vier Sätze daraus vor.

Die Frage lautete:

„Welche Auswirkungen wird die geplante Begrenzung des Schuldzinsenabzugs auf die Werftenbranche in Schleswig-Holstein haben?“

Antwort:

„Die geplante Begrenzung des betrieblichen Schuldzinsenabzugs führt nicht generell zu einer Nichtabziehbarkeit der Zinsaufwendungen. Die genauen Auswirkungen können nicht abgeschätzt werden. Die sogenannte

(Monika Heinold)

Zinsschranke greift bei Vorliegen mehrerer Voraussetzungen. Unternehmen, die nicht zu einem Konzern gehören, sind von der Regelung voraussichtlich nicht betroffen.“

Niemand weiß also so genau, wer von der zukünftigen Zinsschranke betroffen ist. Ich sage Ihnen für meine Fraktion in aller Deutlichkeit: Wiederholen Sie nicht den Fehler, den Rot-Grün gemacht hat, nämlich Zinssätze zu senken und die Gegenfinanzierung nicht sicherzustellen. Das hat uns hier in Schleswig-Holstein geschadet. Wir alle erinnern uns an die Jahre, in denen wir über 200 Millionen € jährliche Steuerausfälle hatten. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Wir brauchen das Geld für die Familien- und Bildungspolitik. Das haben wir gestern diskutiert. Dafür werden wir weiterhin streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es darum geht, den Satz der Unternehmensteuern zu senken und gleichzeitig Abschreibungs- und andere Verrechnungsmöglichkeiten zu streichen, sodass das Ganze aufkommensneutral ist, dass wir also keine Einnahmen verlieren, haben wir kein Problem damit, das so zu machen. Das würde das Steuersystem vereinfachen. Nur, was wir jetzt haben, ist eine Steuerreform, die Unternehmen massiv entlasten soll.

Herr Sauter hat ja gesagt, warum er es machen will. Er will wettbewerbsfähiger sein. Er will, dass das Land, das sich seit Jahren rühmt, Exportweltmeister zu sein, wettbewerbsfähiger wird. Da bin ich der Meinung: Es ist wirklich so, dass allein die Fakten ganz deutlich zeigen, dass diese Unternehmensteuerreform für diesen Zweck auf keinen Fall notwendig ist. Wir sind ganz gut auf dem europäischen Markt. Wir haben ganz andere Sorgen, wofür wir dieses Geld verwenden müssten. Deswegen meine ich, dass dieses Argument der **Wettbewerbsfähigkeit** so nicht ziehen kann.

Welche Erfahrungen haben wir eigentlich mit der Steuerreform 2001 gemacht? Die Kollegin Heinold hat eben gesagt, es war ein rot-grüner Fehler. In der Tat! Erstens ist Rot-Grün deshalb nicht wiedergewählt worden und zweitens sind null Arbeitsplätze geschaffen worden. Es hat nichts gebracht. Wir ha-

ben den Unternehmen Geld ohne Ende gegeben mit der Ansage: Bitte, bitte, schafft doch Arbeitsplätze, schafft doch Ausbildungsplätze! Und passiert ist nichts, null, jedenfalls nichts mit diesem Geld. Die haben es schön eingesackt. Ich weiß nicht, wo es jetzt ist, vielleicht auf den Cayman Islands oder in der Schweiz. Auf jeden Fall ist es nicht hier bei uns, wo es wirklich gute Dienste leisten könnte.

Zum Landeshaushalt. Gehen wir einmal davon aus, dass es uns 80 Millionen € weniger bringt. Was bedeutet das für uns? - Das bedeutet für uns, dass wir uns in den nächsten Haushaltsberatungen wieder hart darüber streiten müssen, wie wir die restlichen Gelder, die wir noch haben, verwenden wollen. Was aber viel schlimmer ist: Die Landesregierung läuft draußen herum und sagt: Wir wollen Schulden abbauen. Womit werden denn wohl diese 80 Millionen €, die wir zu zahlen haben, finanziert? Wir werden **Schulden** machen müssen. Anders wird es nicht gehen. Wir haben nichts auf dem Bankkonto. Das heißt, die Unternehmen werden entlastet und unser Landeshaushalt wird mit Schulden belastet. Das ist der Effekt. Das ist keine Schuldenabbaupolitik, sondern Schuldenaufbaupolitik.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht in der Gesamtsumme um 5 Milliarden bis 10 Milliarden €. Das ist ein Haufen Geld. Wir haben gestern darüber geredet, dass wir alle es liebend gern hätten, wenn wir die Kinderbetreuung in unserem Land verbessern könnten. Wir haben das mit guter Betreuung, mit Bildung von Kindesbeinen an begründet. Jetzt reden wir darüber, dass wir 5 Milliarden € - ich sage - zum Fenster hinauswerfen, obwohl wir dieses Geld dringend brauchen und obwohl auf Bundesebene überhaupt nicht geklärt ist, wie man denn die Kinderbetreuung für unter Dreijährige hinkriegen will, wie man es schaffen will, vielleicht auch das letzte Kindergartenjahr für die Fünf- bis Sechsjährigen kostenlos zu machen, wie man es schaffen kann, dass Bildungsleistungen im Kindergarten verbessert werden können, wie man es schaffen kann, dass die Leute, die in Kindergärten beschäftigt sind, besser ausgebildet werden können, als sie es ohnehin schon sind. Das alles ist nicht geklärt, aber wir sind in der Lage, 5 Milliarden € einfach zum Fenster hinauszuerwerfen. Das ist definitiv unerträglich.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Langfristig - um bei diesem Beispiel zu bleiben - kommt es auch den Unternehmen zugute, wenn wir früh bei den Kindern anfangen, ihre Ausbildung zu

(Lars Harms)

verbessern. Das fängt im Kindergarten an und zieht sich durch die Schule durch. Das ist in meinen Augen eine weitsichtigere Politik, als kurzfristig den großen Unternehmen Steuergeschenke zu machen. Steuergeschenke sind nicht der richtige Weg, sondern es ist wichtig, in Bildung, in Ausbildung und in Weiterbildung zu investieren. Dafür brauchen wir diese 5 Milliarden € dringend. Da ist dieses Geld wesentlich besser angelegt, auch im Sinn der Unternehmen.

Deswegen muss die Landesregierung definitiv dringend gegen diese Steuerreform stimmen. Es ist notwendig, dass das Geld im öffentlichen Haushalt bleibt und dass wir versuchen, damit richtig viel Bildung in unserem Land zu gewährleisten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich ja immer, wenn in den Beratungen dieses Hauses die Auswirkungen auf den Landshaushalt Berücksichtigung finden. Ich würde mir sogar wünschen, dass wir das immer tun, und nicht nur dann, wenn es darum geht, mit diesem Argument nicht gewollte politische Vorhaben zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wovon sprechen wir? - Wir sprechen davon, dass es in Deutschland die höchsten **Steuersätze** für **Kapitalgesellschaften** in ganz Europa gibt. Wir müssen uns also nicht mit irgendwelchen Steueroasen vergleichen, wir müssen uns nur mit unseren direkten europäischen Nachbarn vergleichen. Schauen wir doch mal nach Dänemark, Frau Kollegin Spoorendonk! Dort beträgt der Steuersatz 30 %. Wir können auch andere Beispiele nehmen. Wir können das soziale Musterland Schweden mit einem Steuersatz von 28 % für Körperschaften nehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Das ist das Argument, das immer angeführt wird, nach dem Motto: Die Steuersätze sind zwar hoch, aber die reale Steuerbelastung ist niedrig. Ist das ein Argument, das die jetzige Situation in irgendeiner Weise rechtfertigt?

(Zuruf: Ja!)

Das führt uns doch nur vor Augen, wie irrational, wie unlogisch, wie ungerecht unser Steuersystem ist.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Irrational!)

Es begünstigt die Unternehmen mit den besten Steuerberatern und es hält ausländische Investoren von Investitionen in Deutschland ab, meine Damen und Herren.

Dann machen wir - zumindest ein Teil des Hauses - hier offensichtlich den gleichen Fehler, den wir sonst den Unternehmen immer als Vorwurf machen: Wir werfen den Unternehmen vor, sie würden eine kurzfristige Gewinnmaximierung betreiben. Und dann versuchen wir - wenn ich die Redner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW richtig verstanden habe -, dem eine kurzfristige Steuermaximierung entgegenzusetzen, indem wir sagen: Wir wollen möglichst hohe Steuereinnahmen und wir versuchen deshalb, die Steuersätze so hoch wie möglich zu halten.

(Widerspruch der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir mit einer Veränderung des Steuersystems, mit niedrigeren Steuersätzen und einer breiteren Bemessungsgrundlage auf Dauer mehr Steuern einnehmen werden, dann ist es doch fahrlässig, eine solche Reform zu unterlassen, nur weil sie uns im ersten Jahr Geld kosten wird. Das ist doch ganz kurzfristiges Denken!

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich kann ja verstehen, dass bei den Abgeordneten von Rot-Grün noch die größten Befürchtungen bestehen, wenn man sich an das Jahr 2001 erinnert, als in einem Jahr 25 Milliarden € Körperschaftsteueraufkommen von Rot-Grün vernichtet wurden. Ich kann Sie beruhigen: Ich glaube, unser Bundesfinanzminister ist weder Hans Eichel noch ist er der neue Friedrich Merz. Er wird weder Murks abliefern noch eine ganz radikale Reform machen, sondern hier ist ein ausgewogener Kompromiss gefunden worden.

Frau Heinold, zu Ihrer Befürchtung, dass das die Kommunen betrifft. Das geht aus der Kleinen Anfrage noch nicht hervor, da die Große Koalition in Berlin erst in diesen Tagen entschieden hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 38 Millionen €!)

(Tobias Koch)

- Ich vermute, dass diese Antwort bereits überholt ist. Ich glaube kaum, dass die Landesregierung bereits das berücksichtigen konnte, was in den letzten zwei Tagen in Berlin besprochen wurde.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist von heute!)

- Nehmen Sie zur Kenntnis, dass sich die Koalition darauf verständigt hat, die Gewerbesteuerumlage abzusenken und die Kommunen dadurch entlastet werden. Im Saldo sollte das sogar zu einer Überkompensation führen. Bundesweit werden die **Kommunen** 300 Millionen € mehr erhalten als in der jetzigen Situation. Für die Kommunen besteht dort keine negative Konsequenz.

Unsere 80 Millionen € sollten wir in der Lage sein zu bewältigen, zumal das nur eine theoretische Berechnung ist. Da hat der Oppositionsführer völlig recht.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Oppositionsführer Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kann man doch etwas Stimmung in die Debatte bringen. Die Ausführungen des Kollegen Harms haben mir fast die Schuhe ausgezogen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nicht nur dir!)

Herr Kollege Harms, wir - wer auch immer „wir“ ist - geben den Unternehmen kein Geld zurück oder schenken ihnen das.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir - wer immer „wir“ ist, der Staat - nimmt den Unternehmen möglicherweise nur weniger Geld weg als vorher.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn ich diese wunderbaren Ausführungen von Grünen, Sozialdemokraten und SSW höre, wäre es ja optimal, wenn wir 100 % wegbesteuern würden, weil ich sicher bin, dass wir im Haus genug Leute finden, die das Geld nach ihrer Auffassung sinnvoll ausgeben. Ich glaube, dass die Menschen, die das Geld mit ihrer Hände Arbeit und ihrem Verstand erwirtschaften, in aller Regel besser geeignet sind als andere, das Geld sinnvoll auszugeben.

Vielleicht sollte man die Sache einmal nicht nur fiskalisch betrachten, sondern eher unter wirtschaftspolitischen Aspekten, unter **Wachstumsaspekten**. Wir alle freuen uns momentan über einen unglaublichen Zufluss an Steuermehreinnahmen durch Wachstum, aufgrund von Wachstumsgrößen, die wir vor einigen Jahren noch für wenig wahrscheinlich gehalten hätten. Das zeigt doch, dass wir an sich gut beraten wären - auch wenn wir unsere öffentlichen Haushalte in Ordnung bringen wollen -, für mehr Wachstum zu sorgen,

(Beifall bei der FDP)

weil das Ergebnis von mehr Wachstum mehr Steuereinnahmen sind.

Kollege Harms, was sind die Bedingungen für Wachstum?

(Lars Harms [SSW]: Bildung ist ganz wichtig!)

- Das finde ich auch. Ich finde auch, dass wir zur Bildung von wirtschaftswissenschaftlichem Sachverstand bei vielen beitragen sollten, weil wir uns dann über die Frage, was die Determinanten von Wachstum sind, nicht weiter unterhalten müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Woher kommt das gegenwärtige Wachstum denn? - Nicht wir im Parlament haben beschlossen, morgen ist Wachstum, sondern das ist das Resultat von politischen Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen worden sind, nach unserer Auffassung teilweise noch ungenügend, aber auch - das sagen uns alle Experten - von Reformen am Arbeitsmarkt, wenn auch zu wenig, auch - das sagen uns alle Experten - von Reformen im Steuerrecht, wenn auch noch zu wenig, auch weil wir andere Rahmendaten wie eine Verbesserung der Infrastruktur geschaffen haben, auch weil durch eine Veränderung der politischen Gemengelage weg von Rot-Grün hin zu anderen Konstellationen die Atmosphäre verändert worden ist und Menschen das Gefühl haben, es lohnt sich wieder zu investieren, weil sie sich nicht mehr dafür schämen müssen, dass sie Gewinne machen, und sich nicht mehr dagegen verteidigen müssen, sie seien Sozialschmarotzer, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

- Habe ich da jemanden gehört, der „Unsinn“ gerufen hat? War das vielleicht der Herr Innenminister, der künftige SPD-Vorsitzende, der „Unsinn“ gerufen hat? Herr Minister, es ist Unsinn, was viele aus Ihrer Partei in der Vergangenheit gewollt haben und was heute noch einige wollen: Leben ohne Wachs-

(Wolfgang Kubicki)

tum, Geld ohne Zinsen? Das sind Vorstellungen auf einem Niveau, von dem ich nicht geglaubt habe, dass Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung das jemals zum Thema ihrer Parteitage machen wollten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vielleicht unterhalten Sie sich in dieser Frage einmal mit Ihrem Bundesfinanzminister, der lange Zeit hier politische Verantwortung getragen hat. Ich habe mit ihm gesprochen. Der wird Ihnen schon sagen, was er von solchen Eskapaden hält. Darüber - so hat er gesagt - sind wir über 200 Jahre hinaus.

Noch einmal: Die Unternehmensteuerreform, die angepackt wird, ist nach unserer Auffassung deshalb unzureichend, weil sie das Steuerrecht nicht vereinfacht. Wenn wir davon reden, dass wir ausländisches Kapital nach Deutschland holen wollen, um hier zu investieren, dass Leute von draußen ihr Geld bei uns anlegen, hier Arbeitsplätze geschaffen und hier Gewinne erwirtschaftet werden sollen, dann ist auch ein wesentlicher Aspekt - fragen Sie doch einmal alle Berater, auch aus Ihrer Partei, alle Anwälte -, dass das deutsche **Steuerrecht** zu undurchsichtig ist. In Großbritannien brauchen Sie eine Seite für die Steuererklärung, in der Schweiz brauchen Sie - je nach Kanton - eine bis eineinhalb Seiten für Ihre Erklärung. Bei uns ist das eine Anlage zur Erklärung, die 30 Anlagen umfasst.

Das erklärt, warum wir unser Steuerrecht vereinfachen müssen, wenn wir vorankommen wollen mit mehr Wachstum und mehr Einnahmen für die öffentlichen Haushalte.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Abgeordneter Günter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Oppositionsführer ist einmal wieder dem Grundsatz seiner Partei treu geblieben: mehr Ausgaben, die der Staat leisten soll, bei immer weniger Einnahmen! Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen erlebt, dass es sein Geheimnis bleibt, wie er das miteinander in Einklang bringen will.

Es ist richtig, dass wir ausländisches Kapital haben wollen, Kollege Kubicki, aber für Investitionen in **Arbeitsplätze** und nicht für Aufkäufe von Unternehmen und die Rückkehr des Kapitals nach zwei Jahren ins Ausland.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nun lassen Sie mich doch einmal reden; ich habe Sie auch nicht unterbrochen.

Der Kollege Koch hat völlig recht, wenn er sagt, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb zu hohe **Steuersätze** für **Körperschaften** hat. Das ist nicht unser Einfall gewesen, sondern das ist das Ergebnis der Globalisierung, der wir nur begrenzt entgegenwirken können. Kollege Koch, bei dieser Diskussion dürfen Sie aber nicht vergessen, dass sich alle Steuerwissenschaftler einig sind, dass Deutschland die besten Bewertungsvorschriften hat. Sich nur auf den Steuersatz zu fixieren, ist völlig falsch, wenn man die deutsche Steuergesetzgebung mit der Steuergesetzgebung des Auslandes vergleicht. Ich nenne nur die Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen oder für die Bildung von Rückstellungen.

Die Kollegin Herdejürgen hat völlig recht, wenn sie darstellt, dass das bei uns strittig diskutiert wird. Strittig ist nicht die Notwendigkeit. Alle Sozialdemokraten sind sich einig, dass wir auf die Spiralbewegung nach unten leider eine Antwort geben müssen. Nicht ganz einig sind wir uns, was den Inhalt angeht.

Einig sind wir uns in dem Ziel, dass wir die Unternehmen animieren müssen, ihre Gewinne in Deutschland zu versteuern und nicht auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ins Ausland zu transferieren. Wir wollen - das eint uns sicherlich alle gemeinsam - den Steuerstandort Deutschland stärken und die Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Das tun wir übrigens nicht, indem wir ausländisches Kapital durch Hedgefonds nach Deutschland lassen, die dann nach zwei Jahren den Betrieb kaputt gemacht haben und sich in ihre Heimat zurückbegeben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was für ein Unsinn!)

Herr Kollege Koch, vielleicht trägt zur Versachlichung der Debatte bei, wenn ich einen Blick in den Koalitionsvertrag werfe. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD - ich darf zitieren, Herr Präsident - heißt es:

„Eine Senkung von Unternehmensteuersätzen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit und zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen kann es nur geben, wenn diese Einnahmeausfälle durch die Schließung von Steuerschlupflöchern mindestens kompensiert werden.“

(Günter Neugebauer)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von dauerhaften Steuerausfällen ist nicht die Rede, im Gegenteil. Deshalb, meine Damen und Herren, kann der vom Bundeskabinett beschlossene und jetzt dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitete Entwurf für eine Unternehmensteuerreform nicht unsere ungeteilte Zustimmung finden. Die **Belastung** für die Haushalte von Bund und Ländern ist zu hoch. Sie ist dauerhaft mit 5 Milliarden € - das ist sehr vorsichtig gerechnet - ausgelegt und sie erschwert die Konsolidierung des Landeshaushalts in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Wer schon wie Minister Austermann oder Bundeskanzlerin Merkel in öffentlichen Erklärungen weitere Abstriche an der Gegenfinanzierung vorschlägt, der trägt doch gewollt oder ungewollt dazu bei, dass die Probleme wachsen, der Haushaltskonsolidierungsprozess erschwert wird und es zu mehr Löchern bei der Gegenfinanzierung kommt.

Ich will nicht verschweigen, dass dieser Reformentwurf wichtige und gute Ansätze beinhaltet. Das ist zum Beispiel die Mantelkaufregelung, das ist die Zinsschranke, das ist die Ansparrücklage.

Ich persönlich halte es für einen steuerlichen Unsinn, die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter aufzugeben. Das ist Unsinn. Das soll dazu dienen, die Gegenfinanzierung möglich zu machen. Aber das bedeutet - dazu wird es noch Korrekturen geben -, dass wir dazu beitragen, dass die Löcher im Landeshaushalt immer größer werden.

Meine Damen und Herren, sozialdemokratisches Ziel muss es sein, die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und natürlich auch im **Wettbewerb** mit den im Ausland bestehenden Unternehmen zu stehen. Das kann jedoch aufkommensneutral erfolgen und die Gegenfinanzierung muss aus dem unternehmerischen Bereich erfolgen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen: Wir sagen Ja zur Reform, aber diese muss aufkommensneutral erfolgen und sie darf keine weitere Belastung für die notwendige Konsolidierung auch des Landeshaushalts sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir haben die Aussagen des Abgeordneten Koch die Schuhe ausgezogen - und die Socken gleich dazu.

(Heiterkeit)

So viel Blauäugigkeit, lieber Kollege von der CDU, hätte ich selbst Ihnen nicht zugetraut. Sie trauen selbst den Zahlen der Landesregierung nicht. Wem wollen Sie denn bei dieser Steuerreform eigentlich trauen?

Wir sind dafür, die **nominalen Steuersätze** zu senken. Das haben alle anderen Länder gemacht. Deshalb haben wir die höchsten Steuersätze. Aber die anderen Länder haben es gleichzeitig geschafft, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind. Das ist der große Unterschied.

Deutschland liegt bereits jetzt bei den **Steuereinnahmen** von den **Betrieben** im internationalen Vergleich ganz weit hinten. Das muss man wissen. Das heißt: Wenn wir eine Steuerreform machen, dann müssen wir Steuersätze herunterfahren

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist schlicht falsch, Herr Hentschel!)

und gleichzeitig die Schlupflöcher schließen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um endlich nach vorn zu kommen. Wir dürfen aber nicht noch mehr Schulden machen, wie Sie es vorschlagen.

Herr Sauter, Sie haben erzählt, das Ganze sei eine Gleichung ohne Unbekannte. Sie brauchen nur die Antwort auf die Kleine Anfrage zu lesen; Sie können auch lesen, was alle Experten sagen. Das ist eine Gleichung mit mindestens 100 Unbekannten. Es sind mindestens 100 Schlupflöcher, die Sie bestehen lassen oder sogar neu eingebaut haben. So kriegen Sie keine Aufkommensneutralität hin.

Selbst die Bundesregierung geht davon aus, dass wir 2008 Mindereinnahmen von 6,74 Milliarden € haben werden. Diese **Mindereinnahmen** sollen abnehmen. Nein, sie werden nicht geringer. Die Bundesregierung selbst sagt, dass die Mindereinnahmen bis 2010 auf 6,8 Milliarden € ansteigen werden. Das sind die offiziellen Zahlen der Bundesregierung.

(Karl-Martin Hentschel)

Und für die Belastung des Landes gilt das Gleiche. Die **Belastung** des Landes geht in den nächsten Jahren nicht zurück. Vielmehr steigt nach Auskunft der Landesregierung die Belastung. Ebenso ist es bei der Belastung der Kommunen.

Insofern können Sie mir doch nicht erzählen, dass das eine aufkommensneutrale Steuerreform ist. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Steuerreform ist so durchlöchert, dass sie schon jetzt ein Torso ist. Man hat wieder genau das gemacht, was man auch sonst immer macht: Die Senkung der Steuersätze wurde am Anfang politisch festgeklopft, die strukturellen Änderungen und die Gegenfinanzierung wurden hingegen nicht. Anschließend kamen die Lobby-Gruppen und haben ein Loch nach dem anderen reingefressen.

Beispielsweise können **Zinsaufwendungen für Investitionen im Ausland** weiterhin von der Steuer abgesetzt werden, obwohl die dort erwirtschafteten Gewinne nicht besteuert werden. Genau das haben wir immer kritisiert. Das ist doch nichts anderes als eine Aufforderung zur Verlagerung von Betrieben ins Ausland und

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

das wollten wir doch abschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die SPD hat heute sehr deutlich gesagt, dass sie nur eine aufkommensneutrale Steuerreform mitträgt. Sie hat das auf den Parteitagen deutlich beschlossen. Sie haben die Backen aufgeblasen, meine Damen und Herren. Nun pusten Sie auch!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts dessen, wem es heute Morgen hier schon alles die Schuhe ausgezogen hat, können wir froh sein, dass wir den Gesetzentwurf gestern nicht beschlossen haben. Denn sonst müssten wir alle ei-

ne Fremdenverkehrsabgabe für ausgezogene Schuhe zahlen.

Lieber Kollege Hentschel, Sie müssen sich einfach entscheiden: Wollen Sie mehr Steuern

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

für entsprechende Aufgaben - beispielsweise für Finanzierungen - oder wollen Sie weniger Steuern?

Sie haben die Frage, ob Sie mehr Steuern möchten, mit Ja beantwortet. Insofern ist Ihre Forderung nach einer aufkommensneutralen Steuerreform schlicht unsinnig. Denn eine aufkommensneutrale Steuerreform bringt weder mehr noch weniger Steuern. Sie würde nämlich - jedenfalls beim Aufkommen - alles beim Alten belassen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Natürlich, Frau Heinold! Aufkommensneutral bedeutet: weder mehr noch weniger.

Wenn Sie wirklich ein **höheres Steueraufkommen** wollen, um mehr gewünschte gesellschaftspolitische Vorhaben finanzieren zu können, dann sollten Sie darüber nachdenken, dass auch die Schwadroniererei über nominale Steuersätze hier nicht weiterhilft. Das Einzige, was an der Stelle wirklich weiterhelfen würde - da hat der Kollege Koch recht und auch der Kollege Kubicki hat es aufgegriffen -, wäre, dass wir beim **Steuerrecht** international wettbewerbsfähig werden. Das Steuerrecht in Deutschland ist international nicht wettbewerbsfähig.

Es gibt in Deutschland 80.000 Seiten Literatur zum Steuerrecht. So viel gibt es in allen anderen Ländern zusammen. Das sollten wir angehen. Die eigentliche Enttäuschung bei der Unternehmensteuerreform der Großen Koalition ist, dass sie dazu nicht den Mut gehabt hat. Aber heute ist mir nach den Ausführungen des Finanzausschussvorsitzenden klar geworden, warum so etwas in dieser Großen Koalition überhaupt nicht funktionieren kann: Er bezichtigt den Wirtschaftsminister und die Bundeskanzlerin, sie würden vorsätzlich das Wachstum schädigen.

Wie sollen eigentlich zwei Parteien, die sich gegenseitig solche Vorwürfe machen, eine vernünftige Steuerreform zustande bringen, geschweige denn das Steuerrecht international wettbewerbsfähig machen?

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Heiner Garg)

Ich schlage vor, darüber noch einmal nachzudenken.

Eine persönliche Schlussbemerkung - ich zitiere nicht den Satz mit den Schuhen -: Lieber Herr Harms, wir sollten mit Sätzen wie „Wir geben den Unternehmen oder den Menschen etwas zurück“ vorsichtig sein. Das ist unparlamentarisch. Wir geben ihnen nämlich überhaupt nichts zurück. Von dem Geld, das Menschen hart erarbeiten, nimmt der Staat einen Anteil zur Finanzierung staatlicher Leistungen und das ist auch in Ordnung.

Insofern dürfen Sie sich nicht hier hinstellen und sagen, der Staat würde Geld verschenken oder Unternehmen großzügig zurückgeben. Das tun wir nicht. Wir nehmen ihnen vielleicht ein bisschen weniger weg.

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen wissen sollten, was mit ihrem hart erarbeiteten Geld geschieht. Auf der Basis sollten wir diese Debatten in Zukunft führen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Kubicki, lieber Kollege Garg, niemand möchte irgendjemandem etwas wegnehmen. Darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, dass wir von jedem Bürger und von jedem Unternehmen Steuern erheben, damit wir unseren Staat so betreiben können - um einmal bei Ihren ökonomischen Formulierungen zu bleiben -, wie wir ihn betreiben.

Die Frage ist, welche Ziele wir haben. Natürlich kann ich mich hier hinstellen und sagen: Es lebe der gnadenlose Liberalismus! Wir erheben keine Steuern mehr! Jeder ist sich selbst der Nächste! - Das ist eher Ihre Linie.

Meine Linie sieht eher so aus, dass dem Staat eine Verantwortung obliegt. Der Staat sind eben nicht nur einzelne Bürger, denen man in die Tasche greift, sondern der Staat sind auch die Unternehmen, die eine Verantwortung haben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss ich mir überlegen, ob ich wirklich einer ganz bestimmten Gruppe, in dem Fall den Unternehmen, so viel Geld wieder zurückgebe - um in

Ihrer Formulierung zu bleiben -, obwohl ich meine eigentlichen staatlichen Aufgaben, die auch Unternehmen durchaus wertschätzen, nicht erfüllen kann.

Wir haben Defizite bei Bildung, Kinderbetreuung und in ähnlichen Bereichen. Es besteht nun einmal die Notwendigkeit, dass wir dafür Geld brauchen. Wir haben eben nicht die Möglichkeit, dass wir den Menschen oder den Unternehmen Geld schenken können. In diesem Zusammenhang bleibe ich auch beim Schenken. Das ist nämlich so, wir haben nicht genügend Geld, um unsere Aufgaben, die die Bevölkerung von uns verlangt, zu erfüllen. Das haben wir nicht und deshalb können wir uns das derzeit nicht leisten.

Wir sind sofort alle parteiübergreifend darüber einig, dass das Steuerrecht wettbewerbsfähig gemacht werden muss. Klar: Weg mit den Abschreibungen, weg mit den Sonderregelungen, weg mit all diesem Ballast, den wir haben, dann können wir die Zinssätze senken. Das ist überhaupt kein Problem. Dann sind wir auch auf dem Papier wettbewerbsfähig mit der Slowakei oder mit wem auch immer. Das ist gar kein Problem, aber das Ganze muss aufkommensneutral passieren. Ich gebe ehrlich zu, ich möchte nicht unbedingt mehr haben, aber aufkommensneutral muss es sein, sodass wir zumindest die Aufgaben, die wir haben, erfüllen können, dass wir möglicherweise die zusätzlichen Steuereinnahmen, die wir aufgrund der guten Konjunktur bekommen, tatsächlich in Kinderbetreuung stecken können. Damit wäre viel gewonnen vor allen Dingen für unseren Staat und auch für unsere Unternehmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen. - Das Wort hat der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Dietrich Austermann, in Vertretung für den Herrn Finanzminister.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Geschäftsordnung hätte ich jetzt 30 Minuten Redezeit. Ich werde sie aber nicht in Anspruch nehmen, weil ich ziemlich sicher bin,

(Zurufe)

dass es mir auch bei längerer Redezeit nicht gelingen würde, die Unterschiede, die hier an verschiede-

(Minister Dietrich Austermann)

denen Stellen über die Parteien hinweg vorhanden sind, auszugleichen.

Ich darf Ihnen zunächst die Grüße des Finanzministers bestellen, mit dem ich in dieser Frage völlig einig bin. Ich denke, dass ich auch in dem, was ich sage, mit der Regierung völlig einig bin. Ich glaube, es ist ganz gut, dass der Wirtschaftsminister zu diesem Thema sprechen kann.

Weshalb brauchen und weshalb machen wir - Bund und Länder miteinander - eine **Steuerreform**? - Wir tun das, weil wir die Situation, die wir im internationalen Vergleich haben wollen, verbessern wollen; die tatsächlichen Möglichkeiten, Steuergewinne ins Ausland zu verlagern, wo sie niedrig besteuert werden, sind unbefriedigend. Wir machen das deshalb, weil wir glauben - wie Herr Kubicki an dieser Stelle zu Recht gesagt hat -, dass unser Steuersystem zu kompliziert ist. Wir machen es deshalb, weil wir mehr Gerechtigkeit, vor allem auch für kleinere und mittlere Betriebe, wollen. Wir machen es natürlich auch deshalb, um eine gewisse Entlastung vorzunehmen. Nur aufkommensneutral, einfach nur Geld hin- und herzuschieben, kann aus meiner Sicht nicht Sinn einer derartigen Reform sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb hat sich der Koalitionsausschuss in Berlin auch auf eine Nettoentlastung in der Größenordnung von 5 Milliarden € verständigt.

Ich möchte noch eine zweite Feststellung treffen. Wir haben im letzten Jahr als Land Schleswig-Holstein 513 Millionen € mehr Steuern eingenommen als erwartet.

(Günter Neugebauer [SPD]: Trotzdem 800 Millionen € Defizit!)

- Herr Neugebauer, das Defizit lag ursprünglich nach den Schätzungen bei 1,7 Milliarden €. Es hat sich dadurch deutlich reduziert.

Jetzt stellt sich die Frage, ob man nicht an das Steuersystem und an die Steuerbelastungen mit falschen Erwartungen herangeht, wenn man in erster Linie davon ausgeht, dass wir damit - so wie der Einstieg von Frau Spoorendonk war - die Arbeitsmarktprobleme lösen. Der Staat ist ein schlechter Arbeitgeber. Der Staat baut Arbeitsplätze ab. Der Staat kann die Arbeitsmarktprobleme allein nicht lösen.

Wir haben die erfreuliche Situation in der **Wirtschaft**, dass wir jetzt wieder darüber nachdenken, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag weiter abzusenken, weil die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Das Ziel muss verstärkt

verfolgt werden. Dieses Ziel wird nicht dadurch verstärkt verfolgt, dass wir dem Staat mehr Einnahmen verschaffen, sondern dadurch, dass wir mehr Beweglichkeit in die Wirtschaft bringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ein weiteres Thema: Sie haben das Thema **Rente** angesprochen. Ich denke, dass es eine ganze Menge Rentner gibt, die heute am Stammtisch - ob Raucher oder Nichtraucher - mehr über Aktienkurse als über die Rentenerhöhung reden. Wenn sie sich über Rentenerhöhung hätten unterhalten wollen, hätten sie in den letzten fünf Jahren nichts zu besprechen gehabt.

Insgesamt wird vielleicht in der Debatte vernachlässigt, dass in Schleswig-Holstein 98 % der Betriebe kleine und mittlere Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern sind. Über die wirtschaftliche Realität in unserem Land wird manchmal anders geredet, als es hier vielleicht gemacht wird. Natürlich haben auch die Rentner, weil sie von den Einkommen der Arbeitnehmer abhängig sind - denen ich gern in diesem Jahr einen deutlichen Zuwachs bei den Löhnen gönnen würde -, durch die Rentenerhöhung etwas davon, wenn wir mehr Beschäftigung und eine besser bezahlte Beschäftigung haben. Ich finde, man sollte die Dinge nicht alle miteinander in einen Topf werfen, weil man dann vielleicht auf ein falsches Ergebnis kommt.

Der nächste Punkt: Die Entwicklung der Einnahmen der **Kommunen** hat sich so gestaltet, dass im letzten Jahr zum ersten Mal seit vielen Jahren die Kommunen in der Summe - nicht jede, nicht die Großstädte - wieder Überschüsse haben. Ich sage das jetzt ganz deutlich: Diese Entwicklung ist natürlich von früheren Reformen mit begünstigt worden, auch Reformen des Jahres 2000, durch die Steuerreform, die damals durchgeführt worden ist. Es ist ein Erfolg, wenn Steuereinnahmen wieder sprudeln, wenn wir zusätzliches **wirtschaftliches Wachstum** haben. Das ist auch ein Ergebnis vorangegangener Reformen. Die hätte man sich sicher noch besser vorstellen können, aber das ist das Ergebnis.

Unsere gemeinsame Erwartung sollte sein, dass diese Reform das gleiche Ergebnis noch beflügelt, das heißt, dass sie darüber noch hinausgeht, dafür sorgt, dass wir zusätzliche Einnahmen erzielen, auch für die öffentliche Hand, und gleichzeitig die Betriebe entlastet, damit die Betriebe mehr Umsatz, mehr Erträge erzielen können.

Ich denke, man sollte sich auch nicht zu sehr an dem Thema Exportweltmeister festhalten. Vieles

(Minister Dietrich Austermann)

von dem, was in die Betrachtung einfließt, wird außerhalb unseres Landes erzeugt. Vieles, zum Beispiel 40 % der Automobilproduktion, die uns zugerechnet wird, wird in anderen Ländern, außerhalb Deutschlands, erzeugt. Das ist ein scheues Reh. Sie können sich an dieser Stelle wie auch an anderen Stellen schnelle Veränderungen vorstellen, aber ich denke, auch das hat mit der Frage Exportweltmeister wenig zu tun.

Unternehmerinnen und Unternehmer haben gelernt, sich anzupassen. Sie tun es zum Beispiel dadurch, dass sie einen möglichst großen Anteil der im Inland erwirtschafteten Gewinne durch grenzüberschreitende Kreditaufnahme oder geschickte Nutzung des Steuerrechts ins Ausland mit niedrigeren Steuern verlagern. Als Folge dieser **Kapitalflucht** gehen Deutschland jährlich **Steuereinnahmen** in Milliardenhöhe verloren. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass Gewinne, die hier erzielt werden, auch hier versteuert werden. Ich freue mich, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses auch an dieser Stelle mit mir einer Meinung ist. Das ist Geld, das uns an anderer Stelle fehlt, um Rahmenbedingungen zu verbessern, die **Wettbewerbsfähigkeit** des Standortes **Deutschland** weiter zu steigern.

Das Ziel heißt deshalb: runter mit den **Steuersätzen**. Ich möchte gern etwas zu den Fakten sagen. Unsere Unternehmen werden im Schnitt etwa mit knapp 40 % besteuert. Das gilt zunächst für Kapitalgesellschaften. Es gibt die Körperschaftsteuer mit zurzeit 25 %, dann kommt die Gewerbesteuer mit 13 bis 14 % dazu, dann kommt der Solidarzuschlag, unter Umständen die Kirchensteuer und bei Privatgesellschaften kommt noch die Reichensteuer hinzu. Also im Schnitt sind es Steuern in der Größenordnung von 40 %. Nominal wird dieser Betrag auf knapp 30 % gesenkt. Damit liegen wir europaweit im internationalen Vergleich auf einer vernünftigen Position. Ich glaube, real liegt die Absenkung nicht so hoch, weil eine Umverteilung natürlich an vielen Stellen stattfindet, Einnahmeentlastungen werden durch Belastungen an anderer Stelle ausgeglichen, sodass die Betriebe netto sicher nicht eine Verbesserung um 10 Prozentpunkte erreichen. Ich schätze, dass das eher 6 Prozentpunkte sind. Also, runter mit den Steuersätzen heißt nicht runter mit den Einnahmen. Es bedeutet aber auf der anderen Seite mehr Chancen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze am Standort Deutschland.

Kern der Reform ist die Senkung der nominalen Belastung der Kapitalgesellschaften. Ich habe das beschrieben. Deutschland läge damit im europäischen Mittelfeld. Gewinne der großen Personenun-

ternehmen sollen künftig nur mit einem Einkommensteuersatz von 28,25 % belastet werden. Das ist ein ganz entscheidender Schritt der Stärkung der in Deutschland oft schwachen Eigenkapitalbasis von Unternehmen, die damit auch in die Lage versetzt werden, konjunkturelle Schwankungen leicht abzufedern.

Wenn man Kritik an der früheren Steuerreform üben möchte, wäre sie allenfalls an dieser Stelle angebracht, weil durch sie eine Unwucht zugunsten der großen Kapitalgesellschaften und zulasten der Personengesellschaften entstanden ist. Dies wird jetzt korrigiert. Wir unterstützen den Bundesfinanzminister ganz eindeutig in seiner Position. Sie bietet für unsere mittelständischen Betriebe die Möglichkeit, langfristige Planungen und eine stabilere Arbeitsplatzsicherung durchzuführen.

Schleswig-Holstein profitiert dabei überproportional, weil insbesondere die Regelungen zu Sonder- und Ansparabschreibungen für kleine und mittelständische Unternehmen verbessert werden. Zum einen wird das Fördervolumen erhöht, zum anderen wird zukünftig auch die Anschaffung gebrauchter Wirtschaftsgüter gefördert.

Ein weiterer Eckpunkt ist die Abgeltung von Kapitalerträgen. Dazu hat hier heute keiner Stellung genommen, deshalb kann ich diesen Teil aussparen. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir mit geringeren Steuersätzen mehr Investitionen im Inland ermöglichen, mehr steuerzahlende **Unternehmen** haben werden und somit mittelfristig auch Mehreinnahmen aus der **Körperschaft- und Gewerbesteuer** erzielen werden.

Wenn wir dagegen die Hände in den Schoss legen und auf die geplante Reform verzichten, entstehen uns nicht nur Steuerausfälle, wir schwächen auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und verschlechtern die Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeitsplätze.

(Konrad Nabel [SPD]: Wer liest denn da ab?
- Zuruf der Abgeordneten Monika Heindl
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir können das gern anders machen. Ich lege das zur Seite, Herr Abgeordneter Nabel, das ist gar kein Problem. Sie wissen, in einer Koalition muss man sehen, dass man dem einen oder anderen nicht zu sehr auf die Füße tritt. Das ist gelegentlich ein Balanceakt, aber ich denke, ich bringe das auch so hin.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass wir im Rahmen dieser Steuerreform an verschiedenen Stellen noch einen gewissen Nachbesserungsbedarf haben. Das betrifft insbeson-

(Minister Dietrich Austermann)

dere die kleinen und mittleren Betriebe, ferner die Frage der Thesaurierung, welche Werte wir ansetzen, das betrifft die forschungsintensiven Betriebe, weil der Referentenentwurf zurzeit so aussieht, als wenn wir damit eher Investitionen in forschungsintensive Existenzgründungen belasten oder erschweren. An der Stelle wollen wir noch nacharbeiten. Es gibt noch den einen oder anderen kleineren Punkt.

Ich sage ganz eindeutig, dass diese Steuerreform in der großen Linie von uns mitgetragen wird.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Hinweis auf frühere Finanzminister und frühere Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein. Ich kann mich erinnern, dass Mitte der 80er-Jahre die Steuerreform nicht nur die **Unternehmensteuern** umfasst hat, sondern natürlich auch die Lohn- und Einkommensteuer. Manch einer erinnert sich noch, dass wir ideologische Debatten um den Höchststeuersatz geführt haben, der damals noch bei 52 % lag, und dass es sozialdemokratische Ministerpräsidenten gewesen sind, die das Ganze auf 42 % heruntergebracht haben. Die Debatten gehören Gott sei Dank der Vergangenheit an.

Stoltenbergs dreistufige Reform in den 80er-Jahren ging in die Richtung: Wir wollen entlasten, um dadurch den Betrieben mehr Luft zu verschaffen. Es gab die gleichen Einwände, die heute von den Grünen und vom SSW gekommen sind, nämlich die Sorge, dass dabei die Landesfinanzen den Bach hinuntergehen und dass wir weniger soziale Gerechtigkeit haben und die Sozialkassen in eine schwierige Lage kommen. Das Ergebnis war, dass sich Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre mit dieser **Steuerreform** eine positive Entwicklung mit 3 % Wachstum ergeben hat, dass die Verschuldung des Staates eingedämmt werden konnte. Ohne diese Voraussetzung wäre die Wiedervereinigung sicher schlechter zu meistern gewesen. Wir haben festgestellt, dass sowohl die Sozialkassen wie auch die Steuerkassen über sprudelnde Einnahmen verfügen haben.

Ich glaube, dass wir im Hinblick auf diesen tüchtigen Bundesfinanzminister und die tüchtigen Ministerpräsidenten mit Gelassenheit diskutieren sollten, in welche Richtung wir uns entwickeln wollen. Geht es tatsächlich darum, einzelnen Fonds mehr Geld zu verschaffen? Das kann mit Sicherheit nicht beabsichtigt sein. Gegen manchen Hedgefonds habe ich die gleichen Vorbehalte, wie sie von vielen hier im Hause vertreten werden. Ich habe damals, als das unter Finanzminister Eichel eingeführt wurde, sehr dagegen votiert und gesagt, dadurch könnte eine Fülle von Problemen entstehen.

Wenn man jetzt zu einer Belastung kommt, die gleichzeitig dazu führt, dass wir die Zinsen besteuern oder andere Geschichten machen, müssen wir uns sehr genau ansehen, wie weit das unsere **Werften** betrifft. Wir müssen ganz genau hinsehen, ob wir damit nicht die Finanzierungsmodelle, die dort gewählt sind, gefährden. Jeder, der einmal in einer Werft gewesen ist, hat an der Eingangstür gesehen, wie viele Unternehmen dort bestehen. Wenn es die nicht so gäbe, gäbe es in Schleswig-Holstein auch keinen Schiffbau, gäbe es keinen Schiffbau in Norddeutschland. Das muss man eindeutig sehen. Wir müssen mit dieser Reform, die im Bruttovolumen die größte **Unternehmensteuerreform** ist, die wir je hatten, und im Nettovolumen immerhin ein Anfang ist, dafür sorgen, dass wir mehr Arbeitsplätze haben, dass wir mehr wirtschaftliches Wachstum haben.

Was die Kritik an der Berechnung angeht, die der Abgeordnete Koch vorgetragen hat, so müssen wir Ihnen das natürlich offiziell als Auskunft geben. Das ist aber nicht das Ende der Aussage. Der Selbstfinanzierungseffekt einer Steuersenkung oder, besser gesagt, einer Steuerreform, um jetzt nicht unnötige Widerstände zu wecken, wird meistens unterschätzt. Die Steuerreform des Jahres 2000, die Steuerreformen der 80er-Jahre haben alle belegt, dass eine gut gemachte Reform unter dem Strich im Interesse des Staates, im Interesse der Arbeitsplätze, im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums liegt. Ich bin überzeugt, dass die Reform, die Minister Steinbrück vorgelegt hat, den gleichen Erfolg hat. Wenn wir an der einen oder anderen Stelle im Interesse unserer Werften, unserer mittelständischen Betriebe noch nacharbeiten, so rufe ich dazu alle auf.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Zu Ihrem Zwischenruf, Frau Heinold: Ich habe Frau Spoorendonk nicht gerügt, sondern die Kolleginnen und Kollegen darauf hingewiesen, dass hier ohne vorbereitete Rede geredet werden soll. Sonst hätte ich an vielen anderen Stellen ebenfalls rügen müssen.

Zweitens habe ich dem Herrn Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr hier in Vertretung für den Herrn Finanzminister das Wort gegeben. Vor dem Hintergrund war das Präsidium der Auffassung, dass das etwas großzügiger gehandhabt werden sollte. Dank des Zwischenrufs des Abge-

(Präsident Martin Kayenburg)

ordneten Konrad Nabel ist aber deutlich geworden, dass der Minister auch dieses Thema beherrscht.

Drittens. Wenn wir uns einig sein sollten, dass wir künftig wirklich in der Aktuellen Stunde freie Reden halten, dann wäre ich dafür sehr dankbar. Wir sollten das im Ältestenrat gemeinsam besprechen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wie ist das mit den fünf Minuten?)

- Je Redner fünf Minuten, Herr Kollege, und dann - nach der Kommentierung - so oft man mag, in der Summe 60 Minuten. Wenn 90 Minuten ausgedruckt sind, liegt das daran, dass der Regierung maximal 30 Minuten zur Verfügung stehen, 60 Minuten den Fraktionen. Ich denke, wir haben das jetzt noch einmal geklärt und werden das für das nächste Mal im Ältestenrat weiter diskutieren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Am Ausstieg aus der Atomkraft festhalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1292

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen. - Ich sehe den angekündigten Redner nicht.

(Zuruf: Wenn er nicht hier ist, kann er nicht reden!)

- Damit erteile ich das Wort für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben uns geärgert über das Verfahren, dass Anke Spoorendonk im Protokoll erwähnt wird, dass sie abgelesen hat! Andere sind nicht erwähnt worden! Deswegen haben wir uns darüber geärgert! - Zurufe - Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verdammt noch mal!)

- Herr Kollege Hentschel, ich habe ordnungsgemäß aufgerufen, ich habe zweimal gefragt. Wenn sich von Ihnen keiner meldet, ist naturgemäß der in der Rednerliste folgende Redner dran und das ist der Kollege Ritzek - und dann kommt Ihr Redner, das ist nicht unser Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich starte dann meine Rede. Ich war natürlich auch darauf vorbereitet, kurz auf das zu antworten, was mein Vorredner gesagt hätte, ich vermute es, ich ahne es.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie haben heute in den Hauptüberschriften der Zeitungen eigentlich nur etwas von den Kneipen gelesen und vom Schutz der Raucher oder Nichtraucher. Diese Headline ist entstanden aufgrund des Zusammentreffens der Gesundheitsminister der Länder gestern. Gestern gab es aber auch ein Treffen der Umweltminister der Länder mit dem Bundesminister. Ganz klein versteckt steht heute in den „Kieler Nachrichten“ etwas über eine Energieeffizienzoffensive im Zusammenhang mit der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes statt um 20 % nun um 30 %. Es ist eigentlich traurig, dass diese bedeutende Entscheidung in der heutigen Presse einen so geringen Widerhall findet. Das Rauchen beherrscht das Thema.

Meine Damen und Herren, ich möchte versuchen, rational zu begründen, dass es diese Absenkung um 30 % umso dringender macht, über die Bedeutung der Verlängerung der Laufzeit von Kernenergieanlagen zu sprechen. Ich werde das rational begründen.

Die **Laufzeitverlängerung** der 17 deutschen **Kernkraftwerke** muss unter zwei entscheidenden Fragestellungen gesehen werden: Erstens. Welchen Beitrag können Kraftwerke für die nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung leisten? Das war bis vor einigen Wochen immer die Frage. Neu hinzugekommen und von gleicher Bedeutung ist die zweite Frage: Welche Rolle können Kernkraftwerke im Zusammenhang mit der Lösung des Energieproblems spielen? Beide Themenfelder gehören zusammen und beide Themenfelder sind von der Europäischen Union neu definiert worden. Die **Energiepolitik der Europäischen Union** ist auch Klimastrategiepolitik. Ich denke, wir müssen bei diesem Thema auch die europäische Dimension behandeln und dürfen nicht nur regional denken.

Im Grünbuch der Europäischen Union wird in einem Atemzug gesagt, die weltweite Energienachfrage und der weltweite **CO₂-Ausstoß** würden bis zum Jahre 2030 voraussichtlich um 60 % steigen. Das sind unglaubliche Zahlen. Weiter heißt es, dass im gleichen Zeitraum 90 % des Ölbedarfs und 80 % des Erdgasbedarfs durch Importe befriedigt werden.

Diese Importe kommen aus Ländern, die politisch nicht die sichersten sind. Es wäre unverantwortlich

(Manfred Ritzek)

- das kann man allein vor diesem Hintergrund sagen -, die Importabhängigkeit von Energie für Deutschland und Europa durch Abschalten sicherer Kernkraftwerke zu erhöhen, beträgt doch der Beitrag des Stromes aus Kernkraft in Schleswig-Holstein, der nur ein Teil des gesamten Energiefeldes ist, zum Beispiel 41 %, in der Bundesrepublik knapp 30 % und in der Europäischen Union fast 33 %.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, bleiben Sie mal ein bisschen still!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wieso nur ein bisschen?)

- Der Gesamtanteil der Kernenergie an der deutschen Energiebilanz von 480 Millionen Steinkohleneinheiten beträgt 13 % und nicht 6,2 %, wie von den Grünen im Antrag formuliert.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob das nur ein Schreibfehler war. Ich möchte fast sagen Nein, denn bei den Uranvorräten kommen sie auch zu völlig falschen Zahlen, auch darauf werde ich eingehen.

Eine andere wichtige Aussage ist, dass die Kernenergie in Deutschland mit etwa 50 % an der Grundlaststromerzeugung beteiligt ist. Andere Grundlastalternativen gibt es derzeit nicht. Derzeit heißt: für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Es gibt auch keine mengenmäßig relevanten regenerativen Energien - auch darauf werde ich noch eingehen -, die den Ausfall der **Kernenergie** in den nächsten 20 bis 30 Jahren kompensieren könnten. Das mögen wir bedauern, das ist aber eine Tatsache. Ausreichend erneuerbare Energien für den Ersatz der Kernenergie sind somit nur Optionen für die Zukunft.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Reden wir jetzt über den grünen Antrag oder lassen wir es?)

Die EU-Kommission überlässt im Grünbuch jedem Mitgliedstaat die Entscheidung über den **Energiemix**, betont aber, dass eine transparente und objektive Debatte über die künftige Rolle der Kernenergie geführt werden sollte. Dem schließen wir uns voll an.

Meine Damen und Herren, gerade in der jüngsten Zeit entscheiden sich immer mehr europäische Länder, aber auch Länder der ganzen Welt für den weiteren Bau von Kernkraftwerken aufgrund der bei-

den Gesichtspunkte Beteiligung am Energiemix und Problemlösung beim **Klimaschutz**. Derzeit werden weltweit 29 Kernkraftwerke gebaut. Auch in Europa gewinnt die Kernenergie - wie ich bereits sagte - zunehmend an Akzeptanz. Frankreich hat zum Beispiel den Standort für einen Reaktor der dritten Generation festgelegt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das überrascht!)

Großbritannien plant, wieder Kernkraftwerke zu bauen. Rumänien und Finnland haben bereits je einen neuen Reaktor definiert. Die drei baltischen Staaten wollen gemeinsam einen Reaktor bauen und betreiben. Italien baut zwar keine Kernkraftwerke, beteiligt sich aber kapitalmäßig an französischen Kernkraftwerken und sichert sich somit Strom aus Kernkraftwerken.

Schweden, Belgien und die Niederlande haben den beschlossenen Ausstieg rückgängig gemacht. Sie haben von einem Sonderweg Abschied genommen, auf dem sich nur noch Deutschland befindet. Dieser Sonderweg ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und Dänemark!)

Wie steht es mit regenerativen Energien? 5 % des heutigen Energiebedarfs werden in Deutschland von **Windkraftanlagen** gedeckt, die anderen 2 % von anderen erneuerbaren Energien. Wir setzen uns im Hohen Haus alle für weitere Windkraftanlagen ein, 15 Windkraftfelder sind genehmigt, 25 weitere in der Planung. Wenn wir 40 genehmigte und geplante Windkraftparks mit etwa 4.000 bis 6.000 Windkraftanlagen von - je nach Größe - einer Gesamtleistung von 19.000 MW planen wollen, dann könnten sie in etwa die gesamte Leistung der 17 deutschen Kernkraftwerke ersetzen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Ritzek, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Oppositionsführers?

Manfred Ritzek [CDU]:

Ja bitte, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Ritzek, ich lausche Ihren Worten mit großer Aufmerksamkeit, ich frage mich dabei aber, warum die Bundeskanzlerin angesichts des herausragenden Datenmaterials erklärt, dass es am Ausstieg aus dem Atomkonsens bis 2009 nichts zu deuteln gebe?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

(Manfred Ritzek)

- Ich glaube, das hat sie im Zusammenhang mit der Genehmigung der Laufzeitenverlängerung gesagt und es damit begründet, was Umweltminister Gabriel selbst entscheiden kann. Aber das ist eine neue Debatte. Ich habe nicht so viel Zeit. Vielleicht können wir später noch einmal darauf zu sprechen kommen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Im Umweltbericht der Bundesregierung vom letzten Jahr heißt es, dass bis zum Jahr 2030 insgesamt 20.000 bis 25.000 MW Windkraftkapazität in der Nord- und Ostsee installiert werden sollen. Aber genau um diese 25 Jahre geht es. Diese 25 Jahre müssen überbrückt werden. Das können wir nur überbrücken, wenn wir die **Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland** verlängern. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass kurzfristig in der Nordsee 32 Windkraftfelder mit jeweils 100 Windkraftanlagen und jeweils einer Ausdehnung von 5 km² gebaut werden können! Das ist kurzfristig nicht zu erreichen.

Wir sind auch für den weiteren Ausbau der Bioenergie in jeder Art, aber es gibt dort wirklich Grenzen und Schranken, nicht nur national, sondern auch international. Ich erwähne nur die Abholzung des Regenwaldes oder auch den Bau von Wasserstalsperren mit brutalsten Auswirkungen für die Natur und die Menschen.

Ich sehe, dass die Zeit davonrennt. Ich möchte auf die Verfügbarkeit von Uranvorkommen nicht eingehen. Die Zahl im Antrag der Grünen ist völlig falsch. Da stehen 30 Jahre. Der Umweltbericht der Bundesregierung spricht von 217 Jahren. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Zur Bedeutung der Kernkraftwerke im Klimaschutz: Europa macht Ernst mit dem Klimaschutz, das haben wir alle gelesen und gehört. Der CO₂-Ausstoß soll in Europa um 20 % bezogen auf das Jahr 1990 bis zum Jahr 2020 reduziert werden. Gestern gab es in Deutschland die Entscheidung, daraus 30 % zu machen. Die drei Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein sparen jährlich 7 Millionen t CO₂-Emissionen ein, die 17 Kernkraftwerke in Deutschland 160 Millionen t und die 450 Kernkraftwerke in der Welt 2,8 Milliarden t.

Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die Sie im Augenblick nicht vernachlässigen können. Deshalb brauchen wir die Zeit der Überbrückung.

(Beifall bei der CDU)

Der Koalitionsvertrag gibt natürlich nicht die Möglichkeit, hier eine Entscheidung zu fällen. Ich denke aber, dass wir dieses Thema im Wirtschaftsausschuss

und begleitend im Europaausschuss weiter behandeln werden, um das Thema präsent zu halten, um Fakten auf den Tisch zu bringen und um eine rationale Begründung für die Verlängerung der Laufzeiten zu bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wir plädieren ausschließlich für eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke, die die modernsten und sichersten sind. Dabei ist Sicherheit das oberste Gebot jeder Argumentation für die Laufzeitverlängerung. Wir brauchen die Brückenfunktion der Kernkraftwerke für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Ich freue mich auf die weitere Diskussion im Wirtschaftsausschuss und begleitend im Europaausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Zur Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die antragstellende Fraktion dieser Debatte nicht mehr beiwohnt. Ich stelle mir ernsthaft die Frage: Was sollen wir über einen Bericht diskutieren, warum sollen wir eine Erläuterung des Berichts durch die Landesregierung erhalten, wenn die Fraktion, die das beantragt hat, überhaupt nicht dabei ist? Deshalb beantrage ich, die Debatte an dieser Stelle zu unterbrechen und dann fortzusetzen, wenn die grüne Fraktion an der Debatte wieder teilnimmt. Natürlich müssen alle weiteren Fraktionen noch Gelegenheit zur Stellungnahme haben. Es ist aber ein Absurdum, dass diejenigen, die die Veranlassung zu dieser Debatte geben, an der Debatte nicht teilnehmen. Das ist für den Rest des Hauses nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Zur Geschäftsordnung, Herr Oppositionsführer!

(Ein Handy klingelt)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Verkaufen, Herr Kollege! - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche mich vehement gegen die Unterbrechung der Sitzung aus, nur weil eine der beteiligten Fraktionen nicht anwesend

(Wolfgang Kubicki)

ist. Ich würde gern hören, was die Sozialdemokraten nach dem Beitrag des Herrn Kollegen Ritzek zu sagen haben. Wir haben etwas dazu zu sagen. Wenn die Grünen dazu nichts zu sagen haben oder rummaulen, dann ist das ihr Problem, aber nicht das Problem des Hohen Hauses. Deshalb bitte ich um Fortsetzung der Debatte.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind hier doch nicht im Kindergarten!)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Abgeordnete Jutta Schümann!

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Ich sehe in meiner Fraktion dahingehende Signale, die Debatte fortzusetzen. Ich weiß nicht, aus welchem Grund die Grünen hinausgegangen sind. Das muss hier auch nicht erörtert werden. Sie haben das beantragt und sie können an der Debatte teilnehmen, wie sie wollen. Das ist ihnen anheimgestellt. Ich finde, wir tagen weiter und führen die Debatte fort. Das wird protokolliert. Man kann das nachlesen.

(Beifall bei der FDP)

Man kann die Debatte möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt fortsetzen. Heute wurde dies jedoch auf die Tagesordnung gesetzt. Es besteht keine Veranlassung zu einer Unterbrechung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich stelle fest, dass das Plenum nicht beschlussfähig ist. Ich unterbreche die Sitzung, bis die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

(Unterbrechung: 11:31 Uhr bis 11:34 Uhr)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlussfähigkeit ist wieder hergestellt. Ich erteile der Frau Abgeordneten Monika Heinold nach § 55 der Geschäftsordnung zu einer Erklärung das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion möchte, dass die Landtagssitzung ordnungsgemäß fortgesetzt werden kann. Wir sind nach draußen gegangen, weil wir empört waren. Wir haben uns über das, was hier passiert ist, geärgert. Sie alle erinnern sich wahrscheinlich daran,

dass eine Parlamentssitzung schon einmal für zehn Minuten unterbrochen worden ist, um zu warten, weil eine Ministerin nicht im Raum war. Damals wurde zehn Minuten gewartet, bis sie da war.

In diesem Fall war es so, dass unser Fraktionsvorsitzender da war. Er war als Redner gemeldet. Er hat das in dem Moment nicht mitbekommen, weil es Ärger über die Geschäftsordnung oder vielmehr über die Aktuelle Stunde gab. Wir sind davon ausgegangen, dass der Präsident mitbekommen hat, dass es Unruhe im Raum gab und dass unser Redner daher nicht gehört hat, dass er aufgerufen worden ist.

Wir waren empört darüber, dass man nicht einen Moment lang Pause gemacht und gewartet hat. Es hat jedoch keinen Sinn. Die Debatte ist wichtig genug. Lassen Sie uns die Debatte fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass das Präsidium unseren Redner noch berücksichtigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Selbstverständlich! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Damit erteile ich dem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgesehenen Redner das Wort. Das scheint der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, zu sein.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, in einem Haus wie diesem sollte es eine gewisse Art von Stil geben.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Wenn ich mich mit Anke Spoorendonk erregt unterhalte - -

(Lachen)

- Jeder in diesem Haus weiß, dass ich sehr schwerhörig bin. Ich finde die Art und Weise, wie hier mit mir umgegangen wird, und das, was in diesem Haus passiert, hammerhart. Ich wünsche mir, dass so etwas nie wieder passiert und dass so etwas auch niemandem anderen passiert.

(Manfred Ritzek [CDU]: Dann hätte Frau Heinold Ihnen doch sagen können, dass Sie dran sind!)

Eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels erfordert bis 2050 eine weltweite **Reduzierung der CO₂-Emissionen** um die Hälfte. Für Deutschland

(Karl-Martin Hentschel)

bedeutet dies bis 2020 umgerechnet ein Minus von 40 %. Bis 2050 muss dieses Minus 80 % betragen. Für Europa bedeutet das 30 %. 20 % sind beschlossen worden. Die europäischen Staaten haben jedoch gesagt, dass 30 % notwendig sind. Sie sind auch bereit, das zu tun, wenn es eine internationale Vereinbarung gibt.

In dieser Lage mehren sich die Versuche, den **Klimawandel** als Grund dafür zu nutzen, den **Ausstieg aus der Atomenergie** infrage zu stellen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir haben diesen Antrag gestellt, damit sich der Landtag positioniert, damit die Landesregierung einen klaren Auftrag für ein Klimakonzept bekommt und damit die Prioritäten richtig gesetzt werden. Natürlich stellt sich auch mir die Frage: Kann die Atomenergie in der künftigen Energiewirtschaft nach 2050 eine wesentliche Rolle spielen? Die Antwort fast aller relevanten Wissenschaftler ist übereinstimmend Nein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!)

Zum einen gibt es dafür gar nicht genug radioaktive Brennstoffe. Zum anderen ist der Neubau von Atomkraftwerken viel zu teuer. In keinem westlichen Land wird noch ein Atomkraftwerk gebaut. Eine Ausnahme ist der hoch subventionierte Vorzeigereaktor in Finnland. In den USA wurde seit 30 Jahren kein Reaktorbau mehr begonnen.

Die zweite Frage, die zurzeit viel intensiver diskutiert wird, lautet: Brauchen wir die Atomenergie vielleicht als Übergangstechnologie? Um einen glaubhaften Kronzeugen zu präsentieren, gestatten Sie mir, Frank Schirrmacher zu zitieren. Er ist Chefredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die mit Sicherheit kein atomkraftkritisches Blatt ist:

„Keiner der Forscher hält ... Atomenergie für eine Option. ... Sie zeigen in ihren Berechnungen, dass wir ohne Atomkraftwerke die dritte industrielle Revolution erreichen können.“

Um zu verstehen, warum das so ist, muss man sich den Umbau der Energiewirtschaft konkret anschauen. Der Kassler Diplomphysiker und Ingenieur Gregor Czisch vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen hat als Erster ein komplettes Simulationsmodell programmiert, das zurzeit in den internationalen Konferenzen intensiv diskutiert wird. Anhand dieses Modells wurde ausgerechnet, wie eine optimale Versorgung Europas und Nordafrikas mit regenerativer Energie aussehen kann. Das Ergebnis ist außerordentlich spannend.

Auf der Basis der heutigen Technologien und Preise würde Europa durch eine Vielzahl unterschiedlicher Kraftwerkstypen - unter anderem durch solartechnische Kraftwerke in der Sahara, durch Wasserkraftwerke in Norwegen und den Alpen und Windparks vor allem an der Atlantikküste, in der Nordsee, in Nordrussland und Ägypten - versorgt werden. Denn dort weht der Wind am gleichmäßigsten und Strom kann an einigen Standorten durch Wind bereits zu unter 3 ct/kWh erzeugt werden. Kapazitäten spielen praktisch keine Rolle, weil die regenerativen Energien ausreichen, um 1.000 Europas zu versorgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um das zu realisieren, brauchen wir ein Hochspannungsgleichstromnetz, ein sogenanntes HGÜ-Netz, das es erlaubt, große Strommengen kostengünstig von Afrika nach Norwegen und vom Ural an die Atlantikküste sowie umgekehrt zu transportieren. Durch dieses Netz wird eine hundertprozentige Verfügbarkeit mit großen Reserven gesichert.

Das Spannendste daran ist: Hätten wir eine solche Energieversorgung schon heute, dann würde die Kilowattstunde für den Endabnehmer nach den Berechnungen 4,6 ct kosten, also deutlich weniger, als E.ON heute von uns kassiert.

Man fragt sich natürlich: Warum haben wir diese Verhältnisse heute noch nicht? Der Grund ist einfach: Der Umbau im Zuge der **Energiewende** in Deutschland kostet nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaft in Berlin 800 Milliarden € Investitionen. Das ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Es wird uns die nächsten 50 Jahre beschäftigen.

Trotz der riesigen Summe muss gesagt werden: Das ist bezahlbar. Legt man die Summe auf 40 Jahre um, dann bedeutet es für jeden Bürger circa 250 € pro Jahr oder 20 € pro Monat. Dieser Betrag ist realistisch und könnte aufgebracht werden.

Nun kommt die spannende Frage: Müssen wir in der Übergangszeit neue **Kohle- oder Atomkraftwerke** bauen? Müssen wir die Laufzeiten verlängern, um die auslaufenden Kraftwerke zu ersetzen? Die Experten sagen: Nein. Wenn der Zubau regenerativer Kraftwerke schon heute billiger ist als der Zubau oder die Nachrüstung von Kohle- oder Atomkraftwerken, dann binden wir nur unsinnige Investitionen, die wir für den Umbau der Zukunft brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist, dass wir so schnell wie möglich mit dem Ausbau des Supernetzes, nämlich des

(Karl-Martin Hentschel)

Hochspannungsgleichstromnetzes, beginnen. Das ist keine Utopie. Schon lange wird New York über ein solches Netz mit Wasserkraftstrom von den Niagarafällen versorgt.

Für uns könnte der erste Schritt der Bau eines HGÜ-Kabels von Brunsbüttel nach Norwegen sein. Dann können wir bei viel Wind Strom nach Norwegen liefern, bei wenig Wind beziehen wir dann Strom aus den norwegischen Wasserkraftwerken, die den Strom heute schon für unter 4 ct liefern.

Meine Damen und Herren, jeder Euro, der heute noch in Kohle oder Atomkraft investiert wird, ist ein Euro, der beim **Ausbau der regenerativen Energien** fehlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der einzige Grund, warum wir überhaupt noch eine Zeit lang fossile Energien benötigen, ist die Wohnungswärme. Der Umbau unseres gesamten Gebäudebestandes auf Niedrig- oder Passivhausstandard wird mit Sicherheit 50 bis 60 Jahre dauern. Bis dahin müssen wir aber unsere Wohnungen beheizen. Da macht es Sinn, die Wärme in **Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen** zu erzeugen, die nebenbei Strom produzieren.

Aber auch dafür brauchen wir keine Kohlekraftwerke. Atomkraftwerke sind dafür völlig ungeeignet. Wie soll denn die Wärme von Brunsbüttel nach Kiel kommen? Der Transport wird nicht nur unbezahlbar, sondern auch ineffizient.

Neben Biogasanlagen können **Gasturbinenkraftwerke** eine wichtige Rolle als Übergangstechnologie spielen.

Die Voraussetzung dafür, dass sich das lohnt, ist geradezu, dass die Atomkraftwerke regulär abgeschaltet werden. Sie sind und bleiben Dinosaurier einer Energievergangenheit, die beim Umbau der Energiewirtschaft durch ihre riesigen, unflexiblen Blöcke eher ein Hindernis als eine Hilfe darstellen.

In der aktuellen Debatte um die Laufzeiten geht es nicht um **Klimaschutz**. Klimaschutz dient den Konzernen lediglich als Argument für den durchsichtigen Versuch, mit längst abgeschriebenen Altreaktoren eine hohe Monopolrendite einzufahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Monopolisten tatsächlich fürchten, ist die Konkurrenz: Denn der Umbau der Energiewirtschaft wird nicht zwangsläufig in den Händen von E.ON, RWE und Vattenfall liegen.

Natürlich ist es den Giganten ein Dorn im Auge, wenn heute Tausende von Bauern, Investoren, Fi-

nanzierungsgesellschaften und Stadtwerken **Sonnen-, Wind- und Biogasanlagen** bauen und den Konzernen eine ungeliebte Konkurrenz bereiten.

Mit allen technischen und rechtlichen Mitteln versucht E.ON heute, die Energiewende zu verhindern oder hinauszuzögern. Jedes Jahr mehr Laufzeit ist für E.ON bares Geld. Für Schleswig-Holstein ist es aber ein verlorenes Jahr auf dem Weg in die Zukunft.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein Wort zu den Arbeitsplätzen. Die Warnungen vor dem Verlust von Arbeitsplätzen sind Demagogie. Schon heute beschäftigen die regenerativen Energien fünfmal so viel Menschen wie die Atomindustrie. Wenn ein Atomkraftwerk abgeschaltet wird, wird es 20 Jahre lang zurückgebaut. Es hat dann mehr Arbeitsplätze als vorher.

Die grüne Wirtschaftspolitik hat in den vergangenen zehn Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen. Kein Sektor der Wirtschaft ist so schnell gewachsen wie die regenerativen Energien und die Einspartechnologien.

Die größten Investitionen finden heute in den USA statt. In den Rocky Mountains werden Hunderte von Windmühlen aufgebaut, um die Fallwinde zu nutzen. Die Windmühlen stammen aus deutscher Produktion.

Ein chinesisches Sprichwort sagt: Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, während die anderen Windmühlen aufstellen. - Der Wind weht. Die Zukunft hat längst begonnen. Verabschieden wir uns von der Vergangenheit!

Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war wieder einmal ein Versuch der Grünen, den Atompilz in die Große Koalition zu treiben. - Ausrücken nutzt nichts; Sie müssen schon dableiben und zuhören.

Wie mein Kollege Konrad Nabel in diesem Hause schon mehrfach ausgeführt hat, hätte ein Blick in den Koalitionsvertrag genügt, um sich zu informieren. In der Frage der weiteren Nutzung der **Kernenergie** sind wir uns bewusst, dass die jetzt im Atomgesetz normierten Restlaufzeiten gelten und

(Olaf Schulze)

zurzeit nicht zu verändern sind. Es besteht Einigkeit, dass die Landesregierung nicht initiativ wird, den **Energiekonsens** aufzukündigen. Wir werden uns im Bundesrat enthalten, wenn widerstreitende Auffassungen, zum Beispiel bei der Kernenergie, vorliegen. Dies gilt bis 2010. Es gilt weiterhin uneingeschränkt für beide Seiten, sowohl in Kiel als auch in Berlin.

Die anderen zwei Punkte des Antrages der Grünen sprechen gleichfalls keine neue Sprache, sondern beziehen sich auf bekannte, überholt geglaubte Diskussionen. Abschalten von Atomkraftwerken ist kein Widerspruch zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzes.

Ich darf hier Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zitieren, der längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke aus Gründen des Klimaschutzes eine Absage erteilte mit den Worten:

„Kernenergie macht weltweit nur 2,5 % am Endenergieverbrauch aus. So viele neue Atomkraftwerke könnten gar nicht gebaut werden, um den Klimawandel aufzuhalten.“

Sollte Atomstrom wirklich zum **Klimaschutz** beitragen, bräuchten wir weltweit Tausende neuer Atomkraftwerke. Was aber würde das bedeuten? Auch Uran ist ein endliches Gut. Die Uranvorräte wären in wenigen Jahrzehnten erschöpft. Ob hier die hochproblematische Schnelle-Brüter-Technologie helfen kann, ist fraglich. Die Entsorgung ist immer noch nicht gesichert. Die Gefahr der Ausbreitung von Atomwaffen in anderen Ländern wächst. Soll Klimaschutz durch **Atomkraft** etwa wirklich auf Kosten anderer Länder außerhalb Europas durchgeführt werden?

Aus meiner Sicht verschaffen längere Laufzeiten für alte und längst abgeschriebene Atomkraftwerke den Betreibern nur Extragewinne, nutzen aber dem Klima auf Dauer nichts. Dringend erforderliche Investitionen in neue, effiziente Kraftwerke würden weiter auf die lange Bank geschoben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass Atomkraftwerke nur Strom produzieren, hingegen keine nutzbare Wärme. Wir brauchen jedoch die **Kraft-Wärme-Kopplung**, also Kraftwerke, die beides koppeln. Kraft-Wärme-Kopplung ist die Alternative, nicht Kernenergie. So haben Atomkraftwerke einen Wirkungsgrad von 30 bis 43 %. Bei Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung liegt er zwischen 80 und 90 %.

Ich bin mir sicher, dass uns nicht nur in Schleswig-Holstein beides gelingen wird: die von der Bundes-

regierung und der EU international angestrebten Ziele zu erreichen sowie eine Energiewende mit regionalen Energieerzeugungskonzepten herbeizuführen und die im Weg liegenden Atomkraftwerke, wie geplant, stillzulegen. Dies dient einer dezentralen, vom Ausland unabhängigen Energieversorgung und sichert und schafft nicht zuletzt deutlich mehr Arbeitsplätze als in der Atomenergie. Gerade wir in Schleswig-Holstein haben erlebt, wie in den letzten Jahren die **erneuerbaren Energien** zum Jobmotor wurden.

Herr Kollege Ritzek, es ist schon traurig, dass Sie so wenig Vertrauen in die deutsche Wirtschaft haben, dass Sie glauben, dass wir es nicht schaffen, in den nächsten Jahren so viel **Windkraftanlagen** im Offshore-Bereich zu bauen, dass wir von der Atomenergie wegkommen.

(Manfred Ritzek [CDU]: Herr Gabriel hat das gesagt!)

Gerade wir in Schleswig-Holstein sollten es besser wissen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur dritten Forderung im Antrag der Grünen. Auch insoweit hätte ein Blick in die lesenswerte Drucksache 16/581 - „Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein“ - geholfen. Wir haben stets formuliert, dass eine zukunftsfähige Energiepolitik nicht nur für Schleswig-Holstein auf drei Säulen basieren muss, auf Energieeinsparungen, auf Energieeffizienz mit Kraft-Wärme-Kopplung und auf erneuerbaren Energien in all ihren Facetten. Wir werden weiter alles daransetzen, dass eine integrierte **Klima- und Energiepolitik** in Deutschland und in Schleswig-Holstein umgesetzt wird. Einzelne populistische Schnellschüsse, wie sie von den Grünen in jüngster Zeit gerne abgefeuert werden, machen aus unserer Sicht wenig Sinn. Vielmehr brauchen wir ambitionierte Klimaschutzziele, die Innovationen anregen, Forschung und Technologie mit hohen Standards für eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz, den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und die Entwicklung CO₂-armer Energietechniken bei fossilen Energieträgern.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten wollen für die Zukunft bezahlbaren und ausreichend Strom für die privaten Haushalte genauso sicherstellen wie für die Wirtschaft. Deshalb setzen wir auf eine moderne, effiziente, dezentrale und damit zukunftsfähige Energieversorgung.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

(Olaf Schulze)

Wer sich über Monopole im Strommarkt beklagt, kann nicht dafür plädieren, die Monopolstellung durch längere **Laufzeiten für Atomkraftwerke** zu stärken. Auch das Argument, die Laufzeiten müssten verlängert werden, damit die erneuerbaren Energien ausgebaut werden können, ist falsch, da wir genau aus diesem Grund gemeinsam mit der Industrie den Energiekonsens geschlossen haben. Wir halten uns an Verträge und erwarten dies auch von der Energiewirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Dass dies funktionieren wird, belegt die aktuelle Studie von Greenpeace. Hiernach könnte das letzte deutsche Atomkraftwerk schon 2015 vom Netz gehen und der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020, bezogen auf das Basisjahr 1990, um 40 % gesenkt werden.

Kurz möchte ich noch auf die Renaissance bei der Planung von neuen **Kohlekraftwerken** eingehen. Ich kann mir vorstellen, dass es vereinzelt Sinn machen kann, alte Kohlekraftwerke durch neue, effizientere zu ersetzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Wenn die aktuellen Planungen der Stromkonzerne, 45 statt 29 neue Kohlekraftwerke zu bauen, Wirklichkeit werden sollten, können wir uns allerdings vom Ziel einer Senkung des CO₂-Ausstoßes verabschieden. Dies ist nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Anette Langner [SPD])

Herr Austermann hat am 12. März in Hamburg beim Kongress „Globaler Klimawandel“ darauf hingewiesen, dass er und der Ministerpräsident schon vor 15 Jahren die **Windenergie** in Schleswig-Holstein gefördert haben, obwohl damals der Klimawandel nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand. Deshalb mein Appell an Sie: Gehen Sie den jugendlichen und richtigen Weg von damals weiter, verabschieden Sie sich von dem Dinosaurier Atomkraft und stellen Sie sich an unsere Seite! Wir haben als SPD schon vor gut 20 Jahren vom Klimawandel und dem damit verbundenen Handlungsbedarf gesprochen und auch danach gehandelt. Deshalb freuen wir uns, wenn immer mehr Politiker zur Einsicht auf die Realität einschwenken, auch Sie, Herr Ritzek.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich bin mir sicher, dass diese Einsicht als Mahnung von Tschernobyl alle Verantwortlichen erreicht und in ihrem Handeln für eine atomkraftfreie Energiepolitik bestärken wird.

Wir als Parlamentarier sind für die Zukunft verantwortlich. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden in 20 Jahren zu spüren sein. Der Klimawandel, den wir heute spüren, ist von den Generationen vor uns zu verantworten. Auch Tschernobyl wird mit seinen Strahlungen noch auf Jahrhunderte nachwirken. Lassen Sie uns deshalb verantwortungsvoll handeln und nicht nur an kurzfristiger Gewinnmaximierung orientiert oder ideologisch nach weiteren Verlängerungen der Laufzeiten rufen!

Ich bitte um abschließende Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Katharineums zu Lübeck mit ihren Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schüler der Realschule Krempe mit ihren Lehrkräften. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von den Grünen, wir hatten durchaus Sympathien für die beiden ersten Punkte Ihres Antrages. Allerdings machen Sie es, uns jedenfalls, nach dem, was Sie vorhin vorgeführt haben, ein bisschen schwer. Das erinnert mich, offen gestanden, mehr an das Theater, das wir am Mittwoch bei der Verfassungsänderungsdebatte erleben durften. Ich finde, dieses Thema ist einfach zu wichtig, als dass man auf diese Art und Weise davon ablenkt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Insofern bin ich über den Antrag auf Ausschussüberweisung sehr froh. Vielleicht können wir uns dann noch einmal in Ruhe darüber unterhalten, was Sie tatsächlich möchten.

Die FDP Schleswig-Holstein und die FDP-Landtagsfraktion sehen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen überhaupt keinen Anlass, vom

(Dr. Heiner Garg)

Atomkonsens abzuweichen. Wir könnten uns dabei auf rein formale Gründe zurückziehen und sagen: Pacta sunt servanda. Wollten die Vertragsparteien des Atomkonsenses etwas ändern, müssten sie sich nur einigen und eine Mehrheit im Deutschen Bundestag finden. Ich habe eher den Eindruck, dass vor allem der Bundesminister für Reaktorsicherheit unsere Ansicht zu 100 % teilt und über die Einhaltung des Atomkonsenses so scharf wacht, wie die sprichwörtlichen Hüter angeblich den Heiligen Gral bewacht haben.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Deshalb ist auch die Forderung der Grünen, die Landesregierung möge an den gesetzlich normierten Restlaufzeiten festhalten, rein deklaratorisch. Die Landesregierung hat gar keine Wahl, denn sie ist überhaupt nicht zuständig.

Deshalb schlage ich jetzt schon vor - ich werde es im Ausschuss nochmals tun -, den Antrag in diesem Punkt zu ändern und an die zuständige Adressatin zu richten, nämlich an die Bundesregierung. Denn jenen, die den Atomkonsens aufweichen oder aufheben wollen, ist es völlig gleich, was da steht; sie lehnen den Antrag einfach ab. Aber wir, die wir am Atomkonsens festhalten wollen, können auch gleich an die richtige Ansprechpartnerin appellieren.

Wir wollen aber auch am Atomkonsens festhalten, weil wir ihn inhaltlich für richtig halten.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Olaf Schulze [SPD] und Lars Harms [SSW])

Mein nächstes Argument dafür hat einen formalen und einen inhaltlichen Bezug. Wir halten es für verlässliche Politik, am Atomkonsens festzuhalten. Verlässlichkeit ist kein Selbstzweck, aber wir meinen, eine wichtige Eigenschaft guter Politik. Wir halten das Festhalten am Atomkonsens für ein gutes Beispiel verlässlicher Politik; denn wir sind überzeugt, dass der Staat stärker auf mittel- und längerfristig beständige Rahmenbedingungen setzen sollte.

Der Atomkonsens ist eine solche Rahmenbedingung für die Entwicklung des Energiesektors in Deutschland und er ist ein Paradebeispiel für einfache, verständliche und transparente Politik, bei der die Betroffenen - die Betreiberinnen von Kernkraftwerken - angemessen beteiligt wurden.

Das waren die formalen Aspekte, liebe Kolleginnen und Kollegen, weswegen ich es für gute, verlässli-

che Politik halte, am Atomkonsens festzuhalten. Nun zum Inhaltlichen!

Die beiden größten gesellschaftlichen Probleme der kommenden Jahrzehnte sind die gesellschaftlichen Folgen der alternden Bevölkerung und die Folgen der Erderwärmung. Beide Prozesse sind real und fordern uns heraus. Sie haben sich über Jahrzehnte aufgebaut und werden uns Jahrzehnte begleiten. Wir werden ihre Folgen nur dann bewältigen können, wenn die meisten Menschen ihr Verhalten dauerhaft ändern.

Politische Maßnahmen werden diese Verhaltensänderung nur dann bewirken, wenn diese selbst über längere Zeit wirken. Beispielsweise hülfe es nur wenig, lediglich ein Jahr lang für die Riesterreute zu sparen. So würde die gesetzliche Rente kaum aufgebessert werden können. Die Riesterreute kann nur dann wirken, wenn die Menschen lange sparen. Das aber setzt voraus, dass der gesetzliche Rahmen dafür lange besteht.

(Beifall bei FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich muss es möglich sein, solche Regeln zu ändern. Aber das darf kein Vorwand für die Politik vom Stile „heute hü und morgen hott“ sein. Denn ein solch hektisches Herumlavieren senkt die Anreize der Menschen, ihr Verhalten langfristig auszurichten. Aber die langfristige Verhaltensänderung ist genau das, was wir brauchen.

(Beifall bei FDP und SPD sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wenn ich von Menschen spreche, so meine ich damit auch Unternehmen; denn unternehmerische Entscheidungen sind immer auch Entscheidungen von Menschen.

Damit bin ich beim Atomkonsens. Hier wurde unter Beteiligung der betroffenen Unternehmen ein Regelwerk geschaffen, das alle Beteiligten für tragbar hielten, ein Kompromiss, der der Energieindustrie, der Politik und allen anderen in Deutschland die Chance bietet, innerhalb von drei Jahrzehnten die emissionsarme, aber risikoreiche Kernenergie durch andere Energiequellen zu ersetzen.

Seitdem hat sich an den sachlichen Voraussetzungen nichts geändert, also gibt es auch keinen sachlichen Grund, den Atomkonsens zu ändern. Umso mehr wundere ich mich jetzt darüber, dass Kraftwerksbetreiberinnen Anträge auf die Übertragung von Restlaufzeiten auf ältere Kernkraftwerke stellen, die offensichtlich den Regeln des Atomkonsenses widersprechen, die im Atomgesetz kodifiziert wurden.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Betreiberinnen begründen ihre Anträge auch damit, dass sie die älteren **Kernkraftwerke** noch über die nächste Bundestagswahl hinaus laufen lassen wollen, nur weil sie hoffen, die nächste Bundesregierung werde mindestens die **Restlaufzeiten** oder gar den **Atomkonsens** aufheben. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Dies sind Provokationen, denen die Bundesregierung nur mit einer einzigen Entscheidung begegnen kann, wenn sie verlässliche Politik betreiben will: Sie muss diese Anträge ablehnen!

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Im Übrigen hat ja mein Fraktionsvorsitzender bereits darauf hingewiesen, wie die Bundeskanzlerin dazu steht. Klarer geht es nicht.

Daneben gibt es für mich noch einen weiteren inhaltlichen Grund für den Atomkonsens. Das Problem der dauerhaften Lagerung der **radioaktiven Abfälle** ist nicht geklärt. Ich mag überhaupt nicht vom Endlager sprechen, denn das wird es in absehbarer Zeit beziehungsweise in der absehbaren Geschichte der Menschheit nicht geben. Wir sprechen von Lagerzeiten von bis zu mehreren hunderttausend Jahren. Bis jetzt gibt es weder Baustoffe noch Lagerplätze noch menschliche Institutionen, die solche Zeiträume unbeschädigt überdauern könnten.

(Zuruf: Sehr gut!)

Also kann es nur um länger brauchbare Zwischenlager gehen. Selbst wenn sie wenigstens technisch machbar sein sollten - auch das ist nicht unumstritten -, so sehe ich bis jetzt nicht, dass die politischen Entscheidungen dafür bevorstehen. Im Gegenteil, die Politik schiebt diese Entscheidungen immer wieder auf.

Unter diesen Bedingungen an der Kernkraft und damit an der Produktion von radioaktiven Abfällen festzuhalten oder gar verstärkt in die Plutoniumwirtschaft einsteigen zu wollen, halte ich für falsch.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Unter diesen Umständen halte ich den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie für richtig.

Der Klimawandel - das will ich ganz deutlich sagen - ist für mich kein Argument für Kernkraft. Zwar entspricht die CO₂-Bilanz von Kernkraftwerken ungefähr der von Windkraftanlagen, es sei denn, man kauft seinen gesamten Uranvorrat in Südafrika. Aber das gleicht für mich noch nicht einmal die Risiken wegen der ungeklärten Lagerfrage aus. In die-

sem Zusammenhang - das sage ich insbesondere Ihnen, lieber Kollege Nabel, weil Sie da vielleicht ein bisschen mehr Einfluss haben als ich - halte ich es für ungeschickt, mit Behauptungen zu operieren, wie das neulich der SPD-Vorsitzende getan hat. Er hat behauptet, Kernkraftwerke würden über ihre gesamte Lebensdauer genauso viel CO₂ ausstoßen wie Braunkohlekraftwerke. Das lässt sich mithilfe von Google innerhalb weniger Minuten widerlegen. Im Übrigen widerlegt diese Aussage auch die Studie des Freiburger Ökoinstituts. Solche ungerechtfertigten Horrorszenarien diskreditieren sachliche Argumente für das Festhalten am Atomkonsens.

Das Gleiche gilt für Behauptungen, die deutschen Kernkraftwerke seien unsicher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wären deutsche Kernkraftwerke unsicher, müssten sie sofort abgeschaltet werden.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Wenn schon die Atomaufsichtsbehörden in Schleswig-Holstein die hiesigen Atomkraftwerke nicht abschalten lassen, dann gelten sie wohl als ausreichend sicher. Auch hier helfen Horrorszenarien nicht weiter. Sie entwerten - darum geht es mir nur - überzeugende Argumente für den Atomkonsens.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zum **Klimawandel**. Er ist für mich kein Argument für das Aufkündigen des Atomkonsenses. Denn dies löste keines der mit der Kernkraft verbundenen Probleme, aber das würde die Anreize senken, treibhausarme Energiegewinnungsmethoden neu oder weiterzuentwickeln, die keine radioaktive Erblast mit sich bringen.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Ich bin davon überzeugt, dass der fortschreitende Klimawandel, verbunden mit sinnvollen politischen Anreizen, den energietechnischen Fortschritt so beschleunigen wird, dass solche Alternativen viel schneller und in viel größerem Umfang verfügbar sein werden, als wir uns das heute vorstellen können. Im Übrigen erleben wir das ja schon bei der **Windkraft**. Es sind ja nicht nur „irgendwelche schleswig-holsteinischen Bauern“, die auf einem Grundstück hinter ihrem Hof ein Windkrafttrud aufbauen, sondern da steigen ganz groß internationale Energiekonzerne ein. Genau durch solche Bewegungen kommen wir auch in Zukunft dazu, dass wir mittelfristig auf die Kernenergie verzichten können. Nur so, und nicht weil man den vier Oligopolisten - das sind ja Oligopolisten und nicht Monopolisten, Herr Hentschel - das Feld überlässt.

(Dr. Heiner Garg)

Bis dahin werden uns die deutschen Kernkraftwerke einen wichtigen Dienst erweisen. Sie werden uns in dieser Übergangsphase relativ CO₂-freie Energie liefern, ohne die Anreize zu schmälern, emissionsarme Alternativen zu entwickeln. Genau deswegen, weil wir diese Anreize erhalten wollen, die ja im Atomkonsens festgehalten wurden, halten wir daran fest.

Ich freue mich auf eine hoffentlich sachliche Ausschussberatung.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gehen nun ohne Atomstrom in Deutschland die Lichter aus oder nicht? Ich glaube, es wäre zu einfach, sich auf eine Studie zu berufen und diese dann als Argument zu nutzen. Es gibt eine Vielzahl von Studien zu diesem Thema und damit auch eine Vielzahl von Ergebnissen und Schlussfolgerungen. Das zeigt, dass es hier einen hohen Grad an Unsicherheit gibt.

Allen Studien ist eines gemeinsam: Sie gehen von Szenarien aus. Einerseits wird der Energiebedarf der Zukunft hochgerechnet und andererseits wird in den jeweiligen Szenarien dann die Wirkung eines energiepolitischen Wandels, in welche Richtung auch immer, zugrunde gelegt. Den meisten Studien gemeinsam ist, dass sie zu dem Schluss kommen, dass wir selbst dann, wenn man Einsparpotenziale im großen Umfang verwirklicht, mindestens den heutigen Energiebedarf wohl auch in Zukunft haben werden, weil der Gesamtbedarf auch in unserem Land steigt. Das heißt, wenn ich die Lage betrachte, dann muss ich vom heutigen **Energiebedarf** als Mindestenergiebedarf der Zukunft ausgehen. Damit gibt es immer noch keine Festlegung auf eine Energieform, sondern dies ist nur eine sachliche Feststellung, welchen Bedarf wir haben.

Will man sich überlegen, welche Energieformen der Zukunft nun angestrebt und umgesetzt werden sollen, ist in erster Linie der **Klimaschutz** ausschlaggebend. Aber auch Fragen der Verfügbarkeit und der Sicherheit spielen hier natürlich eine Rolle. Sehen wir uns einmal die einzelnen Energieformen an und betrachten einmal deren Klimafolgen. Dabei betrachte ich aber nicht nur den Prozess der Nutzung der Energie, sondern auch die Auswirkungen

der Gewinnung der Rohstoffe für die Energieherstellung. Denn diese Rohstoffe werden teilweise unter sehr umwelt- und klimaschädlichen Bedingungen gewonnen.

Fasst man alle Faktoren zusammen, so ist zum Beispiel die **Atomkraft** nicht so klimafreundlich wie immer gedacht. Im Schnitt führt die Kernenergie zu einem CO₂-Ausstoß von 60 kg pro Megawattstunde. Deutlich niedriger sind die Werte bei biomassebefeuerten Dampfkraftwerken mit 15 kg oder auch bei der Windkraft mit 24 kg pro Megawattstunde. Am günstigsten nach heutigem Stand der Technik sind in diesem Bereich Wasserkraftwerke, die nur rund 10 kg CO₂ pro Megawattstunde auslösen.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass Atomkraftwerke technisch nicht unbedingt als der „letzte Schrei“ gelten können und sie auch nur eine Übergangstechnologie sind. Andere Energieformen sind definitiv zukunftsweisender. Und es wird deutlich, dass wir Synergieeffekte auch in der Energiegewinnung anstreben müssen. So ist die thermische Behandlung von Abfall nicht nur unter rein abfallpolitischen Gesichtspunkten zu sehen, sondern eben auch vor dem Hintergrund der Nutzung dieser thermischen Abfallbehandlungsanlagen für die Strom- und Wärmeenergiegewinnung. Überhaupt ist es wichtig, dass wir die Wärme, die im Prozess der Stromgewinnung entsteht, mitnutzen. In Großkraftwerken wird diese **Abwärme** immer wieder nicht genutzt, was dazu führt, dass der Wirkungsgrad von solchen großen Anlagen beschämend niedrig ist. Das gilt im Übrigen für alle **Großkraftwerke**, nicht nur für Atomkraftwerke. Großkraftwerke sind somit die Technik des vergangenen Jahrhunderts und allenfalls für den kurzfristigen Übergang hin zu neuen Energieträgern noch sinnvoll.

Sehen wir uns nun einmal die Energieträger unter dem Aspekt der Verfügbarkeit an. Wind, Wasser und Sonne sind unbegrenzt verfügbar. Biomasse ist ebenfalls reichlich verfügbar und kann jederzeit nachgepflanzt werden. Das sind also die **Energieträger** der Zukunft, die nicht nur unbegrenzt zur Verfügung stehen, sondern auch bei uns hier vom Land vorkommen. Anders ist dies mit den anderen Energieträgern. Kohle mag es noch 50 oder 100 Jahre geben und Erdgas und Öl wird es sicherlich auch noch für einen ähnlich langen Zeitraum geben, für eine Übergangstechnologie also durchaus lange genug. Bei Uran sieht dies schon schlechter aus. Die Vorkommen sollen in 20 bis 30 Jahren so weit abgebaut sein, dass dann die Gewinnung nur noch unter erschwerten und damit klimaschädlicheren Umständen möglich ist. Das

(Lars Harms)

spricht nicht für eine dauerhafte Investition in die Atomtechnik.

Außerdem müssen wir, wenn wir die Verfügbarkeit betrachten, sehen, dass 100 % unseres Urans aus dem Ausland stammt und viele Herkunftsstaaten politisch instabil sind. Damit begibt man sich in eine energiepolitische Abhängigkeit, wenn man auf diesen Energieträger setzt. Gleiches gilt für **Erdgas**. Wir beziehen unser Erdgas aus Norwegen und - das ist viel wichtiger - zu einem großen Teil aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, und hier vornehmlich aus Russland.

Weil Gas ja nun einmal nur in Leitungen transportiert werden kann, begibt man sich hier ebenfalls in eine starke Abhängigkeit von Herrn Putin. Man kann nicht einmal so eben seinen Lieferanten wechseln. Wenn es zu politischen Krisen oder zu unangemessenen Preisabsprachen kommt, hat man kaum eine Chance, seinem Lieferanten bei Gas zu entgehen. Deshalb ist es für einen Staat wichtig, den Übergang zu sauberen Energieformen mithilfe eines Energieträgers zu bewältigen, der sicher verfügbar ist. Das ist die **Kohle**, wenn ich auch zugeben muss, dass diese nun wirklich nicht die sauberste Energieform ist. Aber wir haben Kohle in heute sicheren Ländern und wir haben sogar Kohle im eigenen Land. Für den Übergang aus der Atomwirtschaft stünde somit ein sicherer Energieträger zur Verfügung.

Betrachtet man nun noch den Sicherheitsaspekt, so ist völlig klar, dass Atomstrom nicht im Entferntesten eine Alternative für die Zukunft ist. Dort wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Wenn in Atomanlagen Fehler passieren, kann es zur Katastrophe kommen. Deshalb müssen wir am Atomkonsens festhalten und alle Atomanlagen so schnell wie möglich abschalten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Forschung betreiben wollen, müssen wir die **erneuerbaren Energien** erforschen und die Finanzmittel dorthin lenken. Nur wenn wir es schaffen, dezentrale Energieformen zu entwickeln, die unseren Energiebedarf decken können, werden wir eine energiepolitisch sichere Zukunft haben.

Es darf aber nach meiner Meinung auch der wirtschaftliche Aspekt nicht zu kurz kommen. Nicht nur wir zahlen Steuern, damit die **Atomindustrie** subventioniert wird und konkurrenzlos billigen Strom gegenüber anderen sauberen Formen liefern kann, nein, auch zukünftige Generationen werden riesige Steuersummen aufwenden müssen und damit noch in hundert Jahren die Gewinne der Strom-

bosse von heute subventionieren. Versicherungsrisiken werden den Atomkonzernen heute schon genommen und auch die Entsorgung ihres strahlenden Mülls wird von der Gesamtgesellschaft und damit vom Steuerbürger der Zukunft getragen werden müssen. Wer 100 Milliarden € Subventionen erhält und dann sagt, das EEG würde zu Wettbewerbsverzerrung führen, der hat Wirtschaft definitiv nicht verstanden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen sofort aufhören, diese Subventionen zu leisten, und auf dem Markt der Stromerzeuger für gleiche Bedingungen sorgen. Dann würde schon heute jedes Atomkraftwerk umgehend abgeschaltet werden, weil der Strom zu teuer wäre.

Wer am Atomstrom festhält, sichert nur das Oligopol der Stromriesen in Deutschland. Nur diese haben die Technik in ihren Händen und nur diese können dann diese Technik in ihrem Sinne einsetzen. Wer diese Marktmacht brechen will, muss andere Energieformen stützen und auch für den Übergang andere Großkraftwerke zulassen. In meinen Augen ist es energiepolitisch durchaus sinnvoll, in begrenztem Umfang kurzfristig auf saubere **Kohlekraftwerke** neuester Technik zu setzen und dann mittel- und langfristig auf dezentrale Energieversorgungssysteme umzustellen. Wir könnten so die Marktmacht der Stromriesen brechen und für mehr Wettbewerb sorgen und gleichzeitig für Versorgungssicherheit auf dem Energiemarkt und für Sicherheit vor Atomunfällen sorgen.

Was muss in Zukunft getan werden? Nach Auffassung des SSW sind folgende Schritte notwendig: Erstens. Wir müssen am **Atomausstieg** festhalten und die Subventionen in diesem Bereich massiv abbauen. Zweitens. Wir müssen in die Erforschung der **erneuerbaren Energien** investieren, damit wir hier schnell weitere Energiealternativen erhalten und unsere Marktposition ausbauen. Drittens. Wir müssen auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass subventionierter Atomstrom aus dem Ausland nicht unsere Bemühungen um eine umweltgerechte und klimafreundliche Energiegewinnung zunichtemacht.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Viertens. Wir müssen auf Bundesebene dafür sorgen, dass endlich eine konkrete Planung erstellt wird, die verbindliche Aussagen darüber trifft, wie der **Energiemix** in 20 und in 50 Jahren aussehen soll.

(Vereinzelter Beifall)

(Lars Harms)

Fünftens. Wir müssen auf Bundesebene dafür sorgen, dass der dezentrale Ausbau des Stromnetzes vorangetrieben wird. Der ist Voraussetzung dafür, dass wir die erneuerbaren Energien überhaupt richtig nutzen können. Voraussetzung hierfür bleibt aber auch die Trennung von Netz und Betrieb bei den Stromerzeugern.

(Vereinzelter Beifall)

Sechstens. Wir müssen in Schleswig-Holstein eine Strategie entwickeln, wie der Wegfall des Atomstroms kurzfristig durch andere Kraftwerke kompensiert werden kann. Hierbei ist insbesondere daran zu denken, dass Großkraftwerke nur dann Sinn machen, wenn man ihre Abwärme nutzt. Dabei bieten sich zum Beispiel Standorte in der Nähe der chemischen Industrie an, die oft große Mengen an Prozesswärme benötigt. Dies sollte auch bei einem Konzept für die Unternehmensansiedlungspolitik des Landes eine Rolle spielen. Nur dann macht ein Kohlekraftwerk Sinn.

Siebtens. Zu guter Letzt brauchen wir auch auf Landesebene schon jetzt eine konkrete Planung, welche Energieformen in Schleswig-Holstein in 20 und in 50 Jahren genutzt werden sollen. Hierauf aufbauend muss dann ein Förderinstrumentarium auf Landesebene entwickelt werden, das es ermöglicht, die gesteckten Ziele zu erreichen. Denn hier geht es um die Arbeitsplätze der Zukunft in unserem Land. Bei den erneuerbaren Energien spielt die Musik, nicht in der Atomindustrie.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Das Wort für einen Kurzbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hentschel, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen haben ja die Gelegenheit, meinen Redebeitrag noch einmal nachzulesen; ich will ihn nicht wiederholen, sondern nur zu ein, zwei Punkten noch etwas sagen, und zwar zunächst zur Frage der Uranverfügbarkeit. Ich spreche da auch die Kollegen Schulze und Harms an. Ich weiß nicht, ob Sie den Umweltbericht der Bundesregierung vom letzten Jahr gelesen haben - darin steht etwas über die Verfügbarkeit von Uran -, Herr Schulze, von Ihnen hätte ich das erwartet, denn der Bundesumweltminister ist ja Ihr Parteimitglied. In dem Bericht steht, dass Uran eine Verfügbarkeit von 217 Jahren

hat. Sie sprechen in Ihrem Antrag von 30 Jahren. Ich rechne Ihnen 80 Jahre vor.

Wir haben weltweit 3,2 Millionen t wirtschaftlich förderbare **Uranvorräte**. Bei einem Jahresbedarf von 40.000 t macht das 80 Jahre. Ich war völlig überrascht, im Umweltbericht zu lesen, dass wir Reserven für 217 Jahre haben. Vielleicht sollten Sie das noch einmal nachlesen.

Herr Harms, Sie sprechen - das finde ich auch gut - immer von 20 bis 50 Jahren. Was passiert in 20 bis 50 Jahren? Das ist genau die Zeit, die wir überbrücken müssen. Das ist genau die Zeit, in der wir noch die längere **Laufzeit der Kernkraftwerke** benötigen.

Das sagt ja auch Herr Gabriel. Herr Kollege Schulze, ich habe durchaus Vertrauen in die Windkraftanlagen. Aber wenn Ihr Umweltminister im Umweltbericht sagt, dass bis zum Jahre 2030 - also erst in etwa 25 Jahren - 20.000 bis 25.000 Megawatt Windkraft produziert werden kann, um Kernkraft zu ersetzen - -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, könnten Sie bitte ein bisschen mehr Abstand vom Mikrofon nehmen! Dann bullert das nicht so.

Manfred Ritzek [CDU]:

Das Thema ist so spannend.

(Zurufe)

Ich habe mich an Ihren Umweltminister gehalten. Diese 25 Jahre müssen wir überbrücken. Das ist genau der Zeitraum.

Herr Dr. Garg, ich weiß nicht, was bei Ihnen „mittelfristig“ heißt. Mittelfristig können zum Beispiel fünf Jahre sein. Wenn Sie mir folgen und auch von 20 bis 25 Jahren ausgehen, sind wir einer Meinung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht im Atomkonsens, was mittelfristig ist! Daran können wir uns halten!)

Ich habe bei der **Windkraft** erläutert, welche Probleme sich ergeben. 15 Windkraftfelder sind ja genehmigt und 25 weitere in Planung, davon 32 in der Nordsee und acht in der Ostsee. Ein Windkraftfeld mit 100 Windkraftanlagen à 5 Megawatt hat eine Ausdehnung von 5 Quadratkilometern.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie wiederholen sich!)

40 Windkraftfelder à 5 Quadratkilometern in den Wasserstraßen von Nord- und Ostsee - das können Sie kurzfristig nicht realisieren.

(Manfred Ritzek)

Ich habe durchaus Vertrauen in die Windkraft, aber bitte nicht kurzfristig. Sie wissen sicherlich, dass auch die Windkraftindustrie für eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke plädiert, um die Technik der Windkraftanlagen für den Offshore-Einsatz zu optimieren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Mir liegen weitere Wortmeldungen für Kurzbeiträge vor. Als Nächster hat Herr Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich nur deshalb zu Wort gemeldet, weil mich Herr Ritzek nicht richtig verstanden hat oder nicht richtig hat verstehen wollen. 217 Jahre Uranvorkommen, das mag ja sein. Ich habe gerade eben davon gesprochen, dass wir halbwegs verantwortbar noch 20 bis 30 Jahre unter halbwegs akzeptablen Umweltbedingungen Uran gewinnen können. Danach wird es schwieriger und damit die CO₂-Bilanz der Urangewinnung noch übler. Das führt dazu, dass unter Klimaschutzgesichtspunkten ein AKW dann keinen Sinn mehr macht.

Wenn ich in 20 bis 30 Jahren **neue Energieformen** haben will, muss ich mich auf dezentrale Energieformen stürzen, dann muss ich das Netz ändern, dann muss ich diese Energieformen hier unterstützen. Das ist wichtig für unser Land, weil wir in 20 bis 30 Jahren Uran nicht mehr in vernünftiger Art und Weise gewinnen können. Das ist der Kern der Sache.

Wenn ich dann die Wahl zwischen AKWs oder anderen Energieformen habe, sage ich Ihnen ganz klar: Ich als Person lehne AKWs auch deshalb ab, weil ich einfach Angst davor habe, dass uns so ein Ding irgendwann einmal um die Ohren fliegt. Dann ist das Wehklagen groß, wenn wir auf so eine Katastrophe zustürzen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn wir dann noch leben!)

wie die Menschen, die von Tschernobyl direkt betroffen sind. Das ist ein Elend sondergleichen. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, so ein Elend zu verhindern. Das ist gerade auch unsere Aufgabe im Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Herr Kollege Ritzek, zu den Vorräten von Uran auf der Welt will ich folgenden Kommentar abgeben. Ich bin mir sehr sicher, dass wir in 200 oder auch 300 Jahren noch Erdöl haben werden. Die Frage ist nur der Preis.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nicht nur der geldliche Preis!)

Das ist das eine.

Dann möchte ich noch Folgendes sagen: Die sogenannte Sterbelinie des deutschen Kraftwerksparks und des europäischen Kraftwerksparks können wir doch beobachten. Wir könnten zeitgleich ein HGÜ-Netz in Europa aufbauen.

Eines möchte ich noch aufgreifen; das hat Kollege Hentschel schon erwähnt. Wir holen 85 % unserer Energie über Importe ins Land. Insofern glaube nicht einmal ich als grüner Verfechter aller erneuerbaren Energien daran, dass wir eine Energieautarkie erreichen könnten. Das heißt, wir müssen uns in einem internationalen Wettbewerb - auch erneuerbare - Energiequellen erschließen.

Ich möchte Ihnen nur einen Akteur in solchen Szenarien nennen: Die **Windenergiepotenziale** würden sich über die Fläche ausgleichen. Sie produzieren zwar vor Ort stochastisch, aber in der Summe kommt es zu einer steten Verfügbarkeit. Die Anteile lägen bei 50 bis 70 %.

Zurzeit sind die solarthermischen Kraftwerke ganz normale konventionelle Kraftwerke und diese werden von der guten alten deutschen Firma - jede Hausfrau kennt ihre Glasprodukte - Schott entwickelt und sehr erfolgreich gebaut. Es gibt praktische Beispiele.

Das heißt, für diese Szenarien hätten wir die saubere Kohle, die hier immer wieder einmal angesprochen wird. Bei der Kernfusion stecken wir Jahr für Jahr Milliarden in die Forschung, obwohl sie vielleicht erst nach 2050 zur Verfügung steht. Das sind in technischer Hinsicht ungelegte Eier.

Dass wir aber Europa zu günstigen Preisen zu 100 % regenerativ versorgen können, ist mit normaler Technik zu machen. Und das würde mit Kosten geschehen, mit denen der atomfossile Weg, den wir immer noch beschreiten, nie beschritten werden könnte.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, Ihre drei Minuten sind um.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, was vom Atom bleiben wird, nachdem drei Generationen den Strom genutzt haben, sind radioaktive Rückstände mit einer Halbwertszeit von 27.000 Jahren. Das ist eine historische Schuld - -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, Ihre drei Minuten sind um. Es ist ein Kurzbeitrag.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz. - Das ist eine historische Schuld, die die Generationen, die den Atomweg eingeschlagen haben, auf sich geladen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat nun Herr Wirtschaftsminister Dietrich Austermann.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte es als Jurist immer so, dass ich mich an dem Thema entlang bewege. Das Thema ist ein Antrag der Fraktion der Grünen, der sich mit der Frage der **Restlaufzeiten** und dem weiteren Einsatz der **Kernenergie** befasst. Ferner geht es darum, inwieweit wir **Kohlekraftwerke** in Schleswig-Holstein oder in Deutschland vertreten können.

Die Grünen gehen von falschen Voraussetzungen aus und ziehen auch die falschen Schlussfolgerungen.

Das Erste ist der Aufsatz von Schirmmacher im Feuilleton. Schirmmacher sagt, es gebe keine Wissenschaftler, die für die Weiterführung der Kernenergie sprächen. Das ist unzutreffend. Es gab vor wenigen Tagen in der „Tagesschau“ einen Wissenschaftler. Es gab auch einen Bericht auf der UNO-Ebene, in dem von der Kernenergie gesprochen wurde; das hat auch der SPD-Abgeordnete Müller im Bundestag bestätigt.

Zweitens. Sie gehen davon aus, dass es um Restlaufzeiten geht. Das ist falsch. Das **Atomgesetz** spricht von **Reststrommengen**.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Richtig!)

Das bedeutet, dass Strommengen durchaus getauscht werden können. Und für den Fall, dass Strommengen von dem einen auf das andere Kraftwerk übertragen werden sollen, ist ein Verfahren vorgesehen. Dies entzieht sich der Zuständigkeit der Landesregierung und ist auf Bundesebene zu entscheiden. Umweltminister, Wirtschaftsminister und Kanzleramt haben über dieses Thema zu entscheiden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur im Fall eines positiven Bescheids, nicht im Fall des negativen Bescheids!)

- Das Atomgesetz unterscheidet bei der Übertragung von Strommengen zwischen der Übertragung von älteren auf neuere Kraftwerke und umgekehrt. Es gibt dazu unterschiedliche Verfahren. Das ist festgelegt und die Landesregierung hält sich selbstverständlich an das Atomgesetz. Der Atomkonsens hingegen ist zwischen der Regierung auf der einen Seite und den Energiekonzernen auf der anderen Seite abgeschlossen. - Wir halten uns an die vereinbarten Regelungen.

Jetzt kommt die dritte falsche Schlussfolgerung. Sie sagen, das Ganze ist möglich, ohne dass es zu zusätzlichen **CO₂-Belastungen** kommt, und es solle auch ohne neue Kohlekraftwerke gehen. Ich will es Ihnen ganz deutlich sagen: Wir sind zurzeit dabei, ein Grünbuch über die CO₂-Entwicklung zu erarbeiten. Ferner wollen wir CO₂-Szenarien für den Fall des Ausstiegs aus der Kernenergie positiv entwickeln. Ich denke, es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, deutlich zu machen, an welcher Stelle sich was verändert, soweit man die Klimaentwicklung lokal begrenzen kann.

Eines ist mit Sicherheit festzustellen: Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um rasch zu einem Ergebnis zu kommen, das möglichst viel CO₂ vermeidet. Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie sich gegen Clean-Coal-Kraftwerke wenden. Wo soll die Energie denn herkommen?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil es die Technik überhaupt nicht gibt!)

- Moment, dann muss man doch die Technik weiterentwickeln. Wenn Sie die Perspektive 2020 aufgreifen, bedeutet das doch, dass Sie die Hoffnung und die Erwartung haben, dass Sie bis zum Jahr

(Minister Dietrich Austermann)

2020 so weit sind, dass Sie das Ziel erreichen können. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass Sie es auf jeden Fall erreichen werden.

Ich sehe es so: Wenn man die **Kernkraftwerke** ersetzen will, dann muss man zunächst auch auf **fossile Kraftwerke** setzen. Und wir müssen diese fossilen Kraftwerke so weiterentwickeln, dass sie CO₂ vermeiden oder dass CO₂ durch den Einsatz von Wasserstoff gänzlich vermieden wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist aber nicht möglich, die Kernkraftwerke bis 2020 allein durch Windmühlen zu ersetzen. Es muss in der Zwischenzeit andere Kraftwerke geben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen vor allen Dingen mehr Effizienz. Wir wollen einen höheren Wirkungsgrad. Wir wollen Dreckschleudern ersetzen. Bundesweit gehen wir zurzeit davon aus, dass **Kohlekraftwerke** einen Wirkungsgrad von etwa 38 % haben; viele liegen deutlich darunter. Unser Ziel ist es, Kohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von über 45 % zu erreichen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist völlig normal heutzutage! Das ist der Stand der Technik!)

- Es gibt kein einziges Kraftwerk in Deutschland, das diesen Stand der Technik inzwischen erreicht hat. Erzählen Sie doch keinen Unfug! Es gibt kein einziges Kohlekraftwerk in Deutschland - und in Schleswig-Holstein schon gar nicht -, das einen Wirkungsgrad von 45 % hat.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die 40 Jahre alt sind, Herr Minister!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Matthiessen, Sie haben nicht das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Also, unser Ziel ist es, Dreckschleudern durch Kraftwerke mit höherem Wirkungsgrad zu ersetzen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Und das bedeutet, dass wir neue Technologien einsetzen müssen. Gleichzeitig wollen wir eine Koppelung mit Dampf erreichen. Wir wollen die Industrie mit Dampf versorgen und so die Wärme besser nutzen als zurzeit. Dann werden wir einen Wirkungsgrad von 60 bis 65 % haben.

Zu glauben, man könne CO₂ vermeiden, indem man sich allein auf die Windenergie beschränkt, ist irre.

Jetzt will ich ein konkretes Beispiel für die Stadt Kiel geben; wir sind aufgefordert worden, uns dazu zu äußern. Die Entscheidung trifft der Rat der Stadt Kiel; sie liegt also nicht im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung. Es ist klar, dass auch ein Biomassekraftwerk in Kiel CO₂ ausstößt. Den Eindruck zu erwecken, ein lokales Biomassekraftwerk mit Pellets würde dazu führen, dass es hier in Kiel zu keinem CO₂-Ausstoß käme - und jeder weiß, dass Pellets möglicherweise schädlichere Auswirkungen haben als Kohle -, ist doch völlig albern. Weltweit hat es natürlich eine Bedeutung, weil es CO₂-neutral ist. Aber hier vor Ort werden wir eine solche Betrachtung nicht anstellen können.

Lassen Sie uns deshalb vernünftig über die Dinge reden und einen Weg suchen, der sich von der Ideologie verabschiedet. Sie haben doch erkannt: Die Landesregierung ist dafür, dass wir uns im Rahmen des Atomgesetzes bewegen. Aber das bedeutet, dass wir auch Wege beschreiten müssen, die uns womöglich vorübergehend Ergebnisse beschern, die wir eigentlich nicht wollen.

Es gibt zurzeit eine große Anzahl an Bewerbern, die in Schleswig-Holstein Kohlekraftwerke errichten wollen.

Natürlich werden wir darauf achten, dass diese Kraftwerke so ausgestattet sind, dass sie einen optimalen Wirkungsgrad haben. Wir würden das gern so kombinieren, dass die Industrie davon profitiert und dadurch ihre Kosten senkt, dass sie den Dampf abnimmt, und dass dadurch der Wirkungsgrad gesteigert wird. Aber das bedeutet zunächst einmal, dass entsprechende Kraftwerke errichtet werden müssen. Die Wirkung ist zumindest vorübergehend da.

Unser nächstes Ziel lautet, dass wir die Windenergie so einsetzen können, dass sie speicherbar wird. Damit kommen wir wieder zu einem Ihrer Themen, das ist das Thema Wasserstoff. Natürlich geht die Speicherung von erneuerbaren Energien nicht ohne Wasserstoff. Also muss ich auch dort versuchen, neue Wege zu beschreiten. Aber ich werde das eine ohne das andere nicht tun können.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja, gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, könnten Sie sich vorstellen, dass die Investoren von Kohlekraftwerken aus betriebswirtschaftlichen Gründen von sich aus auf das Erreichen des optimalen Wirkungsgrades achten?

- Ich kann mir vorstellen, dass sich ein Kraftwerksbetreiber von einer Investition eine entsprechende Rendite erwartet. Ich kann mir auch vorstellen, dass er sich im Hinblick auf die aktuelle Diskussion, die wir Gott sei Dank bundesweit und weltweit über das Thema der Belastung des Klimas haben, selbstverständlich auch gern das Etikett „umweltfreundlich“ vorn an die Tür hängen wird. Das war leider in der Vergangenheit oft nicht der Fall.

Wir haben zurzeit Anmeldungen für neue fossile Kohlekraftwerke - ich habe Ihre Bemerkung von den 200 Jahren Vorräten für Dieselöl nicht verstanden; ob Sie möglicherweise Dieselmotoren bauen wollen - mit 50 bis 60.000 MW in Deutschland. Ich hoffe, dass sie alle auch einen Wirkungsgrad haben werden.

Wir sind mit dem Umweltminister und der zuständigen Ministerin, Frau Trauernicht, darin einig, dass wir darauf achten, dass der größtmögliche Wirkungsgrad erreicht wird. Sonst wird von uns aus an der Stelle, wo wir natürlich zustimmen müssen, eine Barriere da sein. Wir werden darauf achten, dass die Kraftwerke, die hier bei uns errichtet werden, umweltmäßig optimal ausgerichtet sind. Aber wir werden es nicht vermeiden, dass wir dabei zusätzliches CO₂ erzeugen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage Ihnen: Wenn Sie heute eine **Bilanz** für das Jahr 2020 für das Land Schleswig-Holstein aufstellen würden, bedeutete das eine Verdreifachung des **CO₂-Ausstoßes**. Ich sage das so, wie die Situation tatsächlich ist. Deshalb sind wir aufgefordert, im Forschungsbereich beim Thema „**Clean Coal**“, bei anderen Themen, so entschlossen voranzugehen, das kein Investor - um Ihre Frage noch einmal aufzunehmen - glaubt, er könne mit seiner Investition schnelles Geld machen, sondern dass jeder Investor darauf achtet, dass er optimal in Bezug auf die Umweltwirkung tätig wird. Das ist die Aufgabe der Landesregierung. An der Stelle wollen wir uns tummeln.

Alles andere, was sonst im Antrag steht, richtet sich an die Bundesregierung, fällt nicht in unsere Zuständigkeit. Ich würde empfehlen, das Ganze abzulehnen. Aber da ich das schon einmal gemacht habe und alle sich darüber aufgeregt haben, lasse ich das in diesem Fall sein.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Es gibt weitere Kurzbeiträge, wobei ich das Parlament darauf hinweisen möchte, dass Überweisung beantragt worden ist. Aber das war nur ein kleiner Hinweis.

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben völlig recht, wir sollten nicht über Ideologien reden, sondern wir sollten über **Technologien** reden. Das Kernproblem ist doch: Der kritische Zeitpunkt ist 2020. Denn dann, wenn die letzten **Atomkraftwerke** abgeschaltet werden, müssen wir genug **regenerative Energien** haben, um sie zu ersetzen, zumindest im Strombereich. Es geht hauptsächlich um den Strombereich, in den anderen Bereichen werden wir das nicht schaffen; da wird es länger dauern. Das wissen wir auch. Aber im **Strombereich** gibt es die Frage: Schaffen wir es bis 2020, bis zum Abschalten der Atomkraftwerke, genügend regenerative Energien zu produzieren, damit wir abschalten können, oder schaffen wir es nicht und welche Technologie setzen wir dafür ein?

Alle Szenarien, die ich kenne - übrigens auch die des Umweltbeirates der Bundesregierung - gehen davon aus, dass das **Wachstum** der regenerativen Energien, insbesondere der **Off-Shore-Anlagen**, so schnell geht, dass wir bis 2020 mit Sicherheit so viel regenerative Energien haben werden, um mindestens die Atomkraftwerke zu ersetzen. Wir werden wahrscheinlich doppelt so viel haben. Wir werden wesentlich mehr regenerative Energien haben. Das hängt aber von der Ausbaugeschwindigkeit ab. Aber die Szenarien gehen davon aus. Es wird zurzeit allein im Off-Shore-Bereich von 20 GW geredet, die produziert werden sollen.

Damit gibt es ein Problem, das ist die Frage der Speichermöglichkeit. Deshalb habe ich dafür plädiert, ein HDÜ-Kabel nach Norwegen zu bauen, da-

(Karl-Martin Hentschel)

mit wir dann, wenn wir mehr Strom produzieren, die Energie aus dem Wind nach Norwegen schicken können, und wenn wir weniger Windenergie produzieren, die Norweger ihre Wasserkraftwerke aufmachen können. In Norwegen haben wir nämlich riesige Speicherkapazitäten, die für wesentliche Teile des europäischen Netzes bei einer regenerativen Versorgung ausreichen würden. Das ist das Interessante. Sie müssen nur über HDÜ-Kabel verfügbar gemacht werden.

Jetzt komme ich zu Ihrem Vorschlag. Ihr Vorschlag ist die **Kohlesequestrierung**, „Clean Coal“. Das Problem an dieser Technologie ist, dass ich niemanden kenne, der davon ausgeht, dass diese **Technologie** in verfügbarer Größenordnung bis 2020 zur Verfügung stehen wird. Das ist das Problem. Es gibt bisher weltweit kein einziges größeres Vorhaben, das das Ganze überhaupt darstellt. Alles, was es gibt, sind sehr kleine Anlagen, die in ihrer Größe nicht einmal ausreichen würden, Kiel zu versorgen. Entsprechend sichere, unterirdische Auffangstellen in der Größenordnung, die wir brauchen, in denen ich CO₂ unterbringen kann und sicher bin, dass es dort Tausende von Jahren nicht wieder herauskommt - darauf kommt es ja an -, gibt es zurzeit nicht. Wenn es diese Technologie aber gibt, ist das ein Weg, ohne Zweifel.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg, die zulasten Ihrer Zeit geht?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe keine Zeit mehr.

(Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Hentschel, würden Sie mir dennoch recht geben, trotz Ihrer Ausführungen, dass es sich lohnen würde, in diese Technologie zu investieren?

- Ich habe kein Problem damit, wenn Entwicklungen in dieser Richtung stattfinden. Ich sage auch ganz deutlich - das hat auch der umweltpolitische Sprecher im Bundestag gesagt -, wenn eine Firma ein Kohlekraftwerk mit gesicherter Kohlesequestrierung baut, ist das okay. Dann muss er aber auch die Sequestrierung jetzt haben. Es geht nicht, dass wir

auf Verdacht Kraftwerke bauen, aber noch nicht wissen, ob das funktioniert, in der Hoffnung, dass wir vielleicht in 20 Jahren eine Sequestrierung haben. Das können wir nicht machen. Das ist falsch.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, ich war mit meinem Beitrag ja heute relativ nah an Ihrem dran. Das ist ja nicht immer so. Aber eines haben Sie vergessen. Sie haben vergessen, dass durch eine Kraftwärmekopplung beispielsweise in dezentralen Kraftwerken - die müssen nicht klein sein - auch Hauswärme, Nutzwärme und Prozesswärme substituiert werden. Die wird heute auch irgendwie erzeugt. Diesen Anteil an CO₂ muss man immer gegenrechnen, den muss man sozusagen dem Kraftwerk negativ zurechnen,

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sodass wir eine noch bessere CO₂-Bilanz haben als Sie vorgerechnet haben und das war schon mutig.

Noch einmal zur Kraftwärmekopplung: Wir sind in Schleswig-Holstein sehr gut davor, wir haben das bundesweit auch gefördert, aber wir müssen weiter denken, europaweit, und vor allen Dingen müssen wir auch an die Länder denken, die sich noch in der Entwicklung befinden und die einen Anspruch auf den gleichen Lebensstandard haben wie wir. Dort Kraftwärmekopplung voranzutreiben bedeutet, dass wir eine Technologie exportieren - das können wir, weil wir die Technologie haben -, die dafür sorgt, dass sie die Wirkungsgrade und die Substitution von anderen - die sind ja noch viel schlimmer, Heizöl und Hauswärmeerzeugung - mit beinhalten, sodass wir hier eine weltweite Verantwortung einnehmen und ein Plus für unsere Exportindustrie haben können.

Ich stimme mit Herrn Hentschel vollständig überein: Jetzt auf **Sequestrierung** zu setzen, ist eine tolle Sache. Ich glaube aber nicht daran. Ich glaube genauso wenig daran, wie daran, dass es uns gelingen wird, eine sichere Endlagerung von Kernenergie zu bekommen. Denn die Erde ist immer in Bewegung. Die Erde ist ein riesengroßer Organis-

(Konrad Nabel)

mus, um es einmal etwas pathetisch zu sagen. Die Erfahrungen beispielsweise mit der Geothermie in der Schweiz, wo sie Tiefenbohrungen machen, die dann dazu führen, dass kleine Erdbeben passieren - das müssen wirklich nur winzige sein -, zeigen, dass schon dadurch eine riesige Höhle, in die man CO₂ eingeleitet hat, ganz schnell verschoben werden kann. Dann ist das ganze Zeug wieder da und das wollen wir nicht. Wenn man versucht, CO₂ in die tiefen Schichten des Meeres zu bringen, führt das in der Konsequenz zu einer Versauerung der Ozeane und zu Temperaturänderungen, die wir auch nicht wollen. Das ist eine Technik, auf die wir - finde ich - nicht setzen sollten.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten auf Techniken setzen, die uns angemessen sind. Das sind nicht Dinosauriertechnologien, auch die riesengroßen Kohlekraftwerke bringen es nicht. Es dauert außerdem 40 bis 50 Jahre, bis das, was betriebswirtschaftlich dabei herauskommen soll, zum Tragen kommt. Sie haben deshalb auch eine Laufzeit über diese Zeit. Das ist etwas, auf was ich mich heute eigentlich nicht einlassen möchte.

Ich weiß, dass wir als Land nicht den Einfluss haben, eine Kieler Entscheidung beispielsweise zu beeinflussen. Ich glaube aber, auch die Kieler Stadtvertreter und Umweltberater sollten darauf achten, dass, wie angeplant, **Geothermie** als Bestandteil eines guten Stadtwerkekonzepts überprüft wird, anstatt auf ein Riesenkraftwerk zu setzen. Ich glaube nicht, dass das eine Kieler Idee wäre, wenn nicht Großkonzerne dahinter stünden. Das finde ich sehr schade, weil es uns nicht weiterbringt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, nämlich die Drucksache 16/1292 federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Behandlung zu überweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP]: Wirtschaftsausschuss!)

- Nicht dem Umwelt- und Agrarausschuss?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Alle drei!)

- Also federführend Sozialausschuss, mitberatend Umwelt- und Agrarausschuss sowie Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung. Wer so ab-

stimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke schön.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturbeschleunigungsgesetz**

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1282 (neu)

b) Verstärkung des Stromnetzes in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1288

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst dem Herrn Wirtschaftsminister Dietrich Austermann das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vorgeschichte zum Thema **Erdkabel** ist weitgehend bekannt. Wir haben einen gewaltigen Bedarf - darüber haben wir eben geredet - an Energie, insbesondere Windenergie, und brauchen deshalb in Schleswig-Holstein mehr Stromleitungen auf Höchstspannungs- und Hochspannungsebene. In Schleswig-Holstein gibt es zurzeit drei konkrete **Leitungsbauvorhaben**, die sich auf der **110-KV**-Ebene bewegen. Es sind in dem Zusammenhang mehrere Beschlüsse des Landtages gefasst worden, die sich mit dem Thema Erdkabel befassen. Der Wirtschaftsausschuss hat beschlossen:

„Erdkabel sollen dort angelegt werden, wo es technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Gleichzeitig wird eine Beteiligung der Windkraftanlagenbetreiber an den Mehrkosten eingefordert, um einen weiteren Anstieg der Strompreise zu vermeiden.“

Wir haben inzwischen ein Beispiel in Schleswig-Holstein, das ich sehr gut finde. Auf der **Insel Fehmarn** ist von REpower ein großes Erdkabel verlegt worden, das zunächst von den Windmüllern finanziert worden ist. Dort ist der größte **REpower-Park** in Europa entstanden. Das Ganze funktioniert also, wenn alle Beteiligten es wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Minister Dietrich Austermann)

- Natürlich ist es eine Anschlussleitung, aber das bedeutet, dass der Strom, der von den Windmühlen erzeugt wird, auch abgenommen wird.

Was die anderen Leitungsprojekte betrifft, hat die Landesregierung die Verhandlungen zwischen Netzbetreibern und Anlagenbetreibern honoriert und auf eine einvernehmliche Lösung hingewirkt, bisher allerdings ohne ein klares Ergebnis. Ich darf ganz kurz erwähnen, wie das Ganze gelaufen ist. Zunächst gab es Pläne der Gesellschaft für Energie und Ökologie, ein Kabel in einer bestimmten Dimension zu verlegen. Die **E.ON** als Netzbetreiber hat deutlich gemacht, dass dieses Kabel nicht ausreicht, den tatsächlichen Strombedarf außerhalb und in der Windenergie tatsächlich abzunehmen und abzuführen. Deshalb hat es eine Neuplanung der **GEO** gegeben. Ich kann Ihnen mitteilen, dass dieser Gesellschaft inzwischen alle erforderlichen Genehmigungen für ein der Freileitung gleichwertiges Erdkabel auf der **Trasse Breklum-Flensburg** vorliegen. Das bedeutet, wir werden in nächster Zeit zu einem weiteren Gespräch einladen, um uns miteinander abzustimmen, ob es eine Möglichkeit gibt, dass die **E.ON** sagt, trotz der Mehrkosten kommt es zu einem Erdkabel, oder es bleibt bei der ursprünglichen Planung der Firma **GEO**. Wir haben uns bisher darum bemüht, aber ein weiteres Gespräch ist bisher nicht zustande gekommen, weil **GEO** das von sich aus nicht durchführen wollte.

Nun eröffnet das **Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz** den Netzbetreibern, wie wir das im Bundesrat auch vertreten haben, die Möglichkeit, das Stromnetz auf der 110-KV-Ebene wahlweise als **Erdkabel** auszubauen und die Kosten auf die Stromkunden umzulegen. Die Entscheidung liegt weiterhin beim zuständigen Netzbetreiber. Wir können diese Entscheidung von uns aus nicht treffen.

Das passt auch zur Philosophie des **Energiewirtschaftsgesetzes** und des **Gesetzes über den Vorrang erneuerbarer Energien**, denn danach sind alle Netzbetreiber für den bedarfsgerechten Netzausbau verantwortlich. Der Ausbau des Netzes kann weder hoheitlich angeordnet noch vollzogen werden.

Der **SSW** möchte nun mit seinem Antrag, dass sich die Landesregierung einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes anschließt, nach der alle Leitungsbauvorhaben auf der 110-KV-Ebene als Erdkabel gebaut werden sollen.

Wir wissen, dass der Hintergrund dieses Antrages die Ankündigung von **E.ON** ist, auf der Trasse Bre-

klum-Flensburg eine Hochspannungsleitung zu bauen. Ich halte diese Initiative des **SSW** für falsch. Ich erinnere an das Energiewirtschaftsgesetz, das sagt, Zweck ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas. Folgt man dem Vorschlag des **SSW**, würden alle Netzausbaumaßnahmen im 110-KV-Bereich mit Erdkabeln ausgelegt, die Kosten würden sich verdoppeln, die Rechnung müssten die Stromkunden bezahlen, eine Beteiligung der Betreiber, wie im Landtagsbeschluss gefordert, würde komplett entfallen. Ich denke, wir sollten bei dem Beschluss des Wirtschaftsausschusses, den der Landtag bestätigt hat, bleiben. Zwar wären einzelne Maßnahmen wie die in Schleswig-Holstein für die Stromkunden wohl zu verschmerzen, weil sie nur zu einer marginalen Preiserhöhung pro Kilowattstunde führen würden, eine generelle Regelung zugunsten der Erdkabellegung ist aber keinesfalls gerechtfertigt.

Ich kann Ihnen aus den Debatten mit den Wirtschaftsministern sagen, dass es durch die Vorlagen aus dem Bundeswirtschaftsministerium eine Bewegung in der Richtung gibt, das, was an Mehrkosten aus den Ländern kommt, in denen viel Windenergie eingespeist wird, nicht auf das Gesamtstromnetz umzulegen, nicht auf die gesamten **Stromkunden** umzulegen. Dieser Debatte würden wir sicher neue Nahrung geben, wenn wir diesem Antrag folgen würden. Ich rate deshalb, den Antrag nicht anzunehmen, und sage Ihnen noch einmal dazu, wir bemühen uns darum, mit den Beteiligten, den Interessierten und **E.ON** Netz eine Vereinbarung für den **Bereich Breklum-Flensburg** zu erreichen. Ich kann Ihnen nicht zusagen, dass es auch tatsächlich dazu kommt, da die Zustimmung aller Beteiligten erforderlich ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister.

Ich gehe jetzt in der Reihenfolge der Anträge vor und erteile deshalb dem Vertreter des **SSW**, Herrn Abgeordneten Lars Harms, als Antragsteller das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Letzten September hat sich der Landtag eindeutig für **Erdkabel** beim Stromnetz ausgesprochen. Hiermit sollte ein politisches Signal gesetzt

(Lars Harms)

werden, zumal man seinerzeit gerade in der Diskussion war, wie diese Problematik in das neue Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz aufgenommen werden könnte. Seinerzeit waren wir optimistisch, dass hier endlich ein großer Wurf gelingen könnte. Inzwischen sind wir wieder auf dem Boden der Tatsachen angelangt, denn das, was uns die Große Koalition auf Bundesebene beschert hat, ist nichts als ein fauler Kompromiss, der niemandem hilft. Statt eine eindeutige Regelung zu schaffen, unter welchen Bedingungen Erdkabel vorgeschrieben sind, hat man in Berlin wieder einmal mit einer Kannbestimmung, die niemandem wirklich weh tut, kein Problem gelöst, im Gegenteil, das Problem ist verschärft worden. Wir wissen jetzt, dass man zwar Erdkabel verlegen und deren Kosten dann auch finanziell umlegen darf, aber eine verbindliche Vorschrift ist das immer noch nicht. Es gilt bei dieser Vorschrift immer noch der Grundsatz: Wir kommen dem Volk theoretisch näher, aber praktisch beugen wir uns der Stromlobby.

Auf der Strecke **Breklum-Flensburg** hatte es im **Planfeststellungsverfahren** für die Freileitung 580 Einsprüche mit insgesamt 870 einzelnen Einwendungen gegeben, so viele wie noch nie zuvor. Spinnt man das Szenario nun weiter, werden sich nach der Planfeststellung aller Wahrscheinlichkeit nach eine Vielzahl von einzelnen Einsprüchen gegen die Trasse und die Baumaßnahmen ergeben, und die Bürger werden bis zur letzten Möglichkeit Rechtsmittel einlegen. Wir werden zum Jahresende eine planfestgestellte Freilandtrasse haben, die weiterhin nicht genehmigt werden kann, weil eine Vielzahl von **Klagen** eingereicht worden ist und deren Bearbeitung sich dann über Jahre hinziehen wird.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch die Absicht!)

Der Effekt wird sein, dass jahrelang in Spitzenzeiten der **Windstrom** in Nordfriesland und anderswo nicht abeleitet werden kann. Das ist klimapolitisch eine Bankrotterklärung der Gesetzesmacher in Berlin und schädigt die regionale Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb muss die Landesregierung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes handeln.

Nach Schätzungen des Bundesverbandes Windenergie müssen die Windmüller, deren Windmühlen aufgrund von **Kapazitätsüberlastungen** derzeit in Hochlastzeiten abgeschaltet werden müssen, bis zu 7 % Einbußen erleiden. Das heißt, eine **Wind-**

energieanlage von einem Megawatt Leistung bringt rund 10.000 € weniger ein, als wenn der gesamte Strom ins Netz eingespeist werden könnte. Für den einzelnen Windmüller ist das eine Katastrophe und für einen zukünftigen Investor ist das ein Grund, nicht in Schleswig-Holstein, sondern in einem anderen Bundesland zu investieren.

Das darf die Landesregierung nicht zulassen, zumal eine Erdverkabelung ohne weiteres möglich ist. Aber nicht nur die Windmüller und die Investoren verlieren ihr Geld, auch die Gemeinden verlieren Steuereinnahmen. Laut Prognos-Studie betragen die **Gewerbesteuereinnahmen** pro installiertem Megawatt durchschnittlich 5.000 € pro Jahr. Für eine kleine Gemeinde ist das eine riesige Summe, zumal meist nicht nur eine, sondern mehrere Anlagen pro Eignungsfläche aufgestellt werden. Allerdings setzt dies voraus, dass die Anlagen auch laufen und nicht abgeschaltet werden, wenn es sich zu lohnen beginnt. Es setzt voraus, dass Investoren mit Freuden investieren wollen und die Sicherheit haben, dass man hier auch Geld verdienen kann.

Wenn man aber sieht, dass man zum Beispiel in Nordfriesland bis zum Jahresende nur 465 MW Leistung maximal ins Netz einspeisen kann, aber dort schon 732 MW Leistung installiert sind, dann ist klar, dass dies nicht funktionieren kann. Wenn die Bundesregierung mit ihrer Großen Koalition des schlechten Kompromisses hier schlechte Gesetze macht, muss die Landesregierung ganz klar schleswig-holsteinische Interessen vertreten.

(Beifall beim SSW)

Deshalb schlagen wir vor, dass neue Netz grundsätzlich nur noch als Erdkabel auszuführen sind und so die **freie Leitung** zum Ausnahmefall wird. Die möglichen zusätzlichen **Investitionskosten** hierfür können schon jetzt auf den Strompreis umgelegt werden, allerdings glaube ich nicht - genauso wie der Minister -, dass es sich stark auswirken wird, weil sich die Netzerhaltung auch verbilligen wird. Das hat man auch in Dänemark erkannt. Energienetz Danmark - der staatliche Netzbetreiber dort - wird jetzt in der Nähe von Esbjerg ein Erdkabel verlegen, obwohl dies anfangs kostspieliger ist. Mittel- und langfristig wird sich dies aber rechnen. Das hat man in Dänemark eingesehen und deshalb sollten wir diesem schönen dänischen Beispiel folgen. Durch eine Lösung, wie wir sie vorschlagen, werden die Bürgerwünsche beachtet, was an sich ein Ziel von Politik sein soll. Wir kämen schneller zu einer wirklich nachhaltigen Lösung, nämlich Erdkabel. Wir wollen dies, weil wir die Menschen in Schleswig-Holstein und deren Gemeinden eben nicht daran hindern wollen, Geld zu verdienen und

(Lars Harms)

Arbeitsplätze zu schaffen und weil wir unseren Beitrag zum **Klimaschutz** leisten können. Hier können wir als Land Schleswig-Holstein ganz konkret handeln und das sollten wir tun.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Harms. - Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mittlerweile vergeht fast keine Landtagstagung, in der wir nicht über das Für und Wider von Erdkabeln diskutieren. Ich kann nicht unbedingt erkennen, dass der Erkenntnisgewinn mit jeder Sitzung dabei größer wird. Zuletzt hat der Landtag nach umfangreichen Beratungen im Wirtschaftsausschuss und einer ausführlichen Anhörung die Drucksache 16/946, Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein, einstimmig zur Annahme empfohlen. Zentrale Aussage des Antrages war es, dass **Erdkabeln** dort der Vorrang eingeräumt werden sollte, wo es technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Gerade die Wirtschaftlichkeit spielt für uns die entscheidende Rolle.

Wir haben als CDU-Fraktion in der Vergangenheit immer wieder betont, dass wir es uns im Interesse des Wirtschaftsstandortes nicht leisten können, Energie durch staatliche Maßnahmen oder Eingriffe immer weiter zu verteuern. Diese Position galt für uns in der Vergangenheit und gilt auch noch heute.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie mal durchgerechnet, wie viel teurer das werden würde?)

Dabei steht es außer Frage, dass das **Stromnetz** in Schleswig-Holstein verstärkt werden muss - die Gründe haben wir bereits gehört -, denn der Anteil der **erneuerbaren Energien** hat mittlerweile eine Größenordnung eingenommen, die diesen Ausbau erforderlich macht. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie diesen Prozess nach Kräften unterstützt. Aber die Landesregierung kann den erforderlichen Netzausbau nicht selbst durchführen; das ist vielmehr die Aufgabe der Netzbetreiber. Ich sage an dieser Stelle ebenso deutlich: Ich erwarte von **E.ON**, den Netzausbau in Schleswig-Holstein auf der Basis unseres Antrages zügig voranzutreiben und dabei auch unseren einstimmi-

gen Landtagsbeschluss sowie das Interesse der Bevölkerung vor Ort zu berücksichtigen.

(Beifall beim SSW)

Aufgabe der Landesregierung dagegen ist es, eine zügige Durchführung der entsprechenden Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Ich habe keine Zweifel, dass die Landesregierung diese Verfahren nach Kräften unterstützt. Der Wirtschaftsminister hat deutlich gemacht, dass es entsprechende Gespräche aller Beteiligten vor Ort gibt. Der vorliegende Bericht der Landesregierung macht dieses letztlich deutlich. Er zeigt aber auch, dass die Landesregierung selbst nur wenige Eingriffsmöglichkeiten hat, die über das Planungsverfahren hinausgehen.

Vor diesem Hintergrund ist natürlich auch der Antrag des SSW mit dem Ziel zu verstehen, die Landesregierung solle nun eine Bundesratsinitiative starten, deren Ziel die gesetzliche Verpflichtung zum Erdkabelbau von 110-KV-Leistung ist.

Wir wollen weder Zinsen abschaffen noch den Unternehmen jede Entscheidung per Gesetz vorschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere sollten wir es als Gesetzgeber vermeiden, die Unternehmen und die Bürger hierdurch mit zusätzlichen Kosten zu belasten. Das gilt für den Landes-, aber auch für den Bundesgesetzgeber.

Auf Bundesebene hat es im **Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz** bereits eine ausreichende Möglichkeit gegeben, **Mehrkosten** für Erdkabel und - offensichtlich gibt es diese, wenn ein Gesetz es schon so formuliert wird - innerhalb bestimmter Voraussetzungen in der Entscheidung der Energieversorger umzulegen, wenn die **Bundesnetzagentur** diese Mehrkosten anerkennt. Die vom SSW eingeforderte Regelung einer gesetzlichen Verpflichtung für den Bau von Erdkabeln wird nach unserer Überzeugung zwangsläufig zu höheren Kostenbelastungen für Unternehmen und Bürger führen, weil sie eben nicht auf die Frage der Wirtschaftlichkeit abstellt.

Ich bin der Überzeugung, dass wir mit unserem einstimmigen Beschluss vom September letzten Jahres eine vernünftige Abwägung zwischen dem notwendigen Netzausbau, den Vorteilen des Erdkabels für das Landschaftsbild und die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen auf der einen und der Wirtschaftlichkeit auf der anderen Seite vorgenommen haben. Ein Konsens, der sowohl vom Energieversorger wie auch vom Bundesverband Windenergie akzeptiert wurde, im Übrigen auch mit dem Ange-

(Johannes Callsen)

bot, dass sich die Windenergieproduzenten an den Mehrkosten beteiligen.

Eine pauschale **Verpflichtung für Erdkabel**, wie sie der SSW jetzt fordert, ist dagegen aus unserer Sicht wirtschaftlich nicht vertretbar. Deswegen sehen wir den Antrag sehr skeptisch, weil wir keine zusätzlichen gesetzgeberischen Maßnahmen wollen, die den Energiepreis in die Höhe treiben. Wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise, um unseren Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein voranzubringen und Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Callsen. - Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon mehrfach habe ich an dieser Stelle dafür geworben, dass in Schleswig-Holstein neue Stromleitungen im Hochspannungsbereich als Erdkabel verlegt werden. Dafür haben wir schon vieles in diesem Haus gesagt und eigentlich sind sich alle einig.

Wichtig ist mir, dass auch von der heutigen Landtagsdebatte das Signal an die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Ostholstein, Nordfriesland und Dithmarschen ausgeht, dass sie mit unserer Unterstützung bei ihrer Forderung nach einer Erdverkabelung rechnen können. Die Frage ist nur, wie wir unser Ziel erreichen.

Zum SSW-Antrag! Lieber Lars Harms, der Antrag hat großen Charme, keine Frage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So sehr mein Herz auch für das die Landschaft schonende **Erdkabel** schlägt, eine grundsätzliche Vorfestlegung auf ein Erdkabel ohne Prüfung des Einzelfalls halte ich nicht für machbar. Eine Pauschalierung schießt über unser gemeinsames Ziel hinaus. Bundesweit kann man Landschaften nicht über einen Kamm scheren, die zum Beispiel entweder in touristisch weniger relevanten, dünn besiedelten Gebieten liegen, schon durch Freileitungen belastet sind oder touristische Schwerpunkte bilden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in Schleswig-Holstein unsere eigenen Mittel und Wege finden sollten. Wir bestimmen über die Inhalte unserer Landesplanung. **Landesplanerische Ziele** sind bei

Bauvorhaben und raumbedeutsamen Vorhaben zu beachten. Warum prüfen wir also nicht, in welchen Bereichen unseres Landes die Belastung von Natur und Landschaft bereits so immens ist, dass weitere **Freileitungsmasten** nicht mehr zugelassen werden können? Ich bin sicher, dass es Landstriche in Schleswig-Holstein gibt, in denen wir heute schon mehr Freileitungsmasten als Windräder vorfinden, und ich bin außerdem davon überzeugt, dass der Tourismus - gerade an unseren Küsten - keine weiteren Freileitungsmasten verträgt. Zumindest in Ostholstein dürfte die Grenze des Zumutbaren erreicht sein.

(Beifall der Abgeordneten Anette Langner [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam mit der Landesplanungsbehörde die Bereiche festlegen, die aus landesplanerischen Gründen keine weitere Belastung durch Freileitungsmasten vertragen! Lassen Sie uns landesplanerische Ziele formulieren, die für bestimmte Bereiche - und eben nicht pauschal - die Verlegung von Erdkabeln zum landesplanerischen Ziel machen! Mein Appell ist also, die Probleme hier im Land zu lösen - mit den Mitteln, die uns hier zur Verfügung stehen. Dazu sollten wir den SSW-Antrag an den Wirtschaftsausschuss überweisen und dort weiter beraten.

Nicht verhehlen will ich an dieser Stelle, dass ich die - ich will es deutlich sagen - Arroganz, Ignoranz und vielleicht sogar Sturheit von E.ON-Netz, mit der hier am Freileitungsbau festgehalten wird, inzwischen unerträglich finde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da müssen Windmüller ihre Windräder abschalten und daraus resultierend Einbußen von 10.000 € je 1-MW-Anlage in Kauf nehmen, nur weil E.ON-Netz das zeitaufwendige Verfahren für den Freileitungsbau vorzieht, Bürgerproteste und Klagen inklusive.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht um die Verzögerung des Netzausbaus, den wir als Landespolitikerinnen und Landespolitiker nicht akzeptieren dürfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Noch Ende Februar, das ist noch nicht lange her, behauptete E.ON Netz im „Flensburger Tageblatt“ völlig unbeeindruckt von der veränderten Rechtslage, die Mehrkosten für den Bau eines Erdkabels

(Regina Poersch)

seien nicht umlagefähig. Das stimmt einfach nicht. Im „Flensburger Tageblatt“ war die Überschrift zu lesen: „E.ON unbeirrt“. Ich finde, das dürfen wir E.ON-Netz einfach nicht durchgehen lassen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme nun zum Bericht des Wirtschaftsministeriums zur **Verstärkung des Stromnetzes**. Danke dafür. Immerhin unterstützt die Landesregierung den Beschluss des Landtages vom 14. September des letzten Jahres. Davon bin ich ausgegangen. Die Frage ist nur: Wie? Wird **E.ON** wirklich nachhaltig klar gemacht, dass niemand hier im Land weitere Freileitungen will? Wer erklärt E.ON letztlich die geltende Rechtslage, wonach die **Mehrkosten** eben doch auf die Netznutzungsentgelte umgelegt werden können? Wir reden über die Größenordnung von einem Euro je Haushalt und Jahr. Der Bericht enthält leider wiederum den Hinweis auf die angeblich exorbitanten Mehrkosten für ein **Erdkabel**. Es gibt immerhin das Eingeständnis, dass die Kosten für Erdkabel nicht mehr das achtfache, sondern nur noch das zweifache der Kosten einer Freileitung ausmachen. Das haben wir im Wirtschaftsausschuss ganz genau miteinander besprochen.

Ich darf auf eine weitere aktuelle Studie hinweisen, die das Bundesumweltministerium bei der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen in Auftrag gegeben hat. Danach entstehen keine Mehrkosten für Erdkabel im 110-KV-Bereich. Zum Teil ist das Erdkabel sogar billiger als eine Freileitung. Ich denke, daher können wir nicht von einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holsteins reden. Im Gegenteil: Ein Erdkabel schont Mensch und Landschaft. Ein Land, das nicht noch weitere Freileitungsmasten zulässt, ist ganz klar im Vorteil.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben heute noch einmal die Zusage von Minister Austermann gehört, dass sich die Landesregierung für einen zügigen Netzausbau einsetzen werde. Über diese Zusage freue ich mich. Ich kann nur sagen: Dann mal zu!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Regina Poersch. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Poersch, auch auf Fehmarn gibt es ein „Tageblatt“, das wissen Sie ja als Vorsitzende des Kreisverbands Ostholstein. Der Landtag und mehrere Kreistage haben beschlossen, dass Erdkabel dort vorgezogen werden sollen, wo sie technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar sind. Wenn ich mich richtig erinnere, dann hat der Wirtschaftsausschuss das auch einstimmig beschlossen. Außerdem erlaubt das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz in einem 20 km breiten Küstenstreifen Anträge auf Planfeststellungsverfahren für Erdkabel.

Ich sage ganz deutlich: So sehr auch ich mir das so ähnlich wünsche, wie die Kollegin Poersch das ausgeführt hat, so unsinnig wäre es, **Erdkabel** dort zu fordern, wo sie technisch unmöglich sind. Deshalb können wir die Bedingung der technischen Machbarkeit ab jetzt weglassen. Auch die beiden anderen Bedingungen reichen derzeit offensichtlich nicht, um Erdkabel zur allgemein wirtschaftlicheren Lösung für **110-KV-Starkstromleitungen** werden zu lassen. Möglicherweise ist das auch ein Problem der langfristigen Berechnungsgrundlagen beziehungsweise der langfristigen Sicht darüber, wie man so etwas berechnet. Ich glaube, hier müssen wir unter anderem auf E.ON Hanse einwirken. Es gibt die betriebswirtschaftliche Sicht und es gibt die volkswirtschaftliche Sicht. Ich glaube, in diesen feinen Unterschied kann man argumentativ einmal hineingehen.

Bis jetzt hat die Netzbetreiberin für die neu zu bauenden Leitungen **Breklum-Flensburg, Heide-Pöschendorf** und **Göhl-Lübeck** keine Erdkabel, sondern **Freileitungen** beantragt. Das macht es ganz offensichtlich, dass aus Sicht der Netzbetreiberin - ich will das einmal ganz neutral formulieren - bis jetzt Erdkabel nicht die wirtschaftlichere Lösung darstellen. Lieber Kollege Harms, wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Freileitungen gemäß der geltenden Raumordnungspläne derzeit jedenfalls noch vom Gesetzgeber - also vom Landtag - vorgeschriebener **Standard** sind.

Wir halten es für falsch, die Ergebnisse von **Wirtschaftlichkeitsberechnungen** per Gesetzesbeschluss vorzuschreiben. Auch hier sollte der Gesetzgeber Rahmenbedingungen vorgeben, also höchstens die Tatbestände, die über die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte des Betreibers hinaus bei den Berechnungen zu berücksichtigen sind. Hier haben wir gute Argumente, da sollten wir ansetzen. Selbst dann wird es noch große Spielräume geben, sodass nicht für jeden Einzelfall vorhergesagt werden

(Dr. Heiner Garg)

kann, wo eine Freileitung und wo ein Erdkabel wirtschaftlicher ist. Ich glaube, hier ist ein Punkt, in dem wir uns einig werden können: Wir sind dafür, dass die zu erwartenden Vollkosten einer Leitung über ihre gesamte Lebensdauer - vom Bau über den Betrieb bis zur Verschrottung - berücksichtigt werden sollen, und zwar inklusive der unterschiedlichen Nebenwirkungen, die bei Freileitungen und Erdkabeln entstehen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genau bei diesen Nebenwirkungen liegt der Kern des Problems: Die Befürworter von Erdkabeln bewerten die negativen externen Effekte von Freileitungen so hoch, dass das Erdkabel in ihren Rechnungen wirtschaftlicher wird. Durch entsprechende Bewertungen kann jeder **Kostennachteil** des Erdkabels bei den reinen Investitionskosten überkompensiert werden. Das Problem ist, die Befürworter von Freileitungen sehen das genau andersherum. Diese Probleme durch einen bedingungslosen Zwang zum Erdkabel beiseite schieben zu wollen, halte ich persönlich für falsch: Wir meinen, es darf nur einen bedingten Zwang für den Bau von Erdkabeln geben. Erdkabel sollen dann gebaut werden müssen, wenn sie - bezogen auf die Lebensdauer der jeweiligen Anlage - preiswerter sind als Freileitungen. Wenn die Freileitung bei gleichen Maßstäben preiswerter ist, dann sollten keine Ressourcen für ein dann unwirtschaftliches Erdkabel verschwendet werden müssen, denn wir müssen bei all dem bedenken, dass letztlich die Stromkunden - also Menschen und Unternehmen - das alles bezahlen müssen.

Die unwirtschaftlichere Lösung vorzuschreiben - und das gilt sowohl für die Freileitungen als auch für das Erdkabel - bedeutete, dass die **Strompreise** unnötig in die Höhe getrieben würden. Das wollen wir nicht. Ich nehme auch nicht an, dass Sie das wollen, Kollege Harms. Deshalb wollen wir Stromproduktion und Stromtransport eigentumsrechtlich trennen.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Die vier marktbeherrschenden Stromproduzenten sollen nicht auch gleichzeitig das Stromnetz und den Zugang dazu kontrollieren dürfen. Wir wollen das Eigentum an den Stromnetzen einem oder mehreren selbstständigen Unternehmen übertragen. Diese selbstständigen Netzbetreiber sind dann auch für den angemessenen Netzausbau verantwortlich.

Für diesen **Netzausbau** sollten gesetzlich die Kriterien vorgeschrieben werden, die bei der vergleichbaren Bewertung von Freileitungen und Erdkabeln zu berücksichtigen sind. Bei Betrachtung der gesamten Lebensdauer der Leitungen schmilzt der reine Baukostenvorteil der Freileitungen und in vielen Fällen wird das Erdkabel mit Sicherheit wirtschaftlicher werden. Wenn wir dahin kämen, hätten wir auf der Strecke ein ganzes Stück gewonnen. Ich freue mich auf die Beratungen im Wirtschaftsausschuss und schließe mich dem Antrag auf Überweisung an.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, zunächst einmal sage ich Dank für den Bericht aus Ihrem Hause. Der Beschluss des Landtages und viele weitere Beschlüsse der Kreis- und Ortsebene besagen einstimmig und überparteilich, dass der notwendige **Netzausbau im 110-KV-Bereich mit Erdkabellösungen** umgesetzt werden soll. Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben, also dem **Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz** - wir haben uns daran gewöhnt, so darüber zu reden -, dem ebenfalls Rechnung tragen wollen, indem er das Energiewirtschaftsgesetz wie folgt geändert hat: In § 43 wird für Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 KV im Küstenbereich von Nord- und Ostsee die Planung eines Erdkabels ebenfalls im Planfeststellungsverfahren ebenfalls ermöglicht.

Damit will der Bundesgesetzgeber den Bau von Leistungsabführungssystemen auf der 110 KV-Ebene als Erdkabel ermöglichen. All diese Beschlüsse der Kreistage, des Landtags und des Bundestags für Erdkabel lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Dies ist für die Landesregierung als politische Verpflichtung zu betrachten, alles dafür zu tun, dass schnellstmöglich Erdkabellösungen realisiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Detlef Matthiessen)

Der Bericht der Landesregierung ist mit Blick auf diese Verpflichtung sehr enttäuschend. An keiner Stelle ist angeführt, dass auch nur irgendeine Kleinigkeit unternommen wurde, diesen breiten und wiederholten überparteilichen politischen Willen umzusetzen. Herr Minister Austermann, haben Sie ein Gespräch geführt, einen Brief geschrieben oder sonst irgendetwas unternommen, um dem Netzbetreiber von dem Standpunkt des Landtags zu unterrichten und auf die Umsetzung der Beschlüsse zu drängen? - In dem Bericht ist nichts dergleichen zu finden -. Lesen Sie es nach, Herr Kollege!

Der Herr Innenminister hat nach einem Bericht des „Ostholsteiner Anzeigers“ seiner Unterstützung für die Erdkabelvariante Ausdruck verliehen, indem er richtigerweise feststellte, dass das Erdkabel neben den vielen Vorteilen für das Landschaftsbild, die Agrarwirtschaft, den Vogelschlag, die Versorgungssicherheit und so weiter vor allem eine sehr viel höhere Akzeptanz genießt und damit auch weniger juristischen Widerstand auslöst. Unter dem Strich bedeutet das - so wird Minister Stegner zitiert -, dass das **Erdkabel** sehr viel schneller zu realisieren ist. Gerade er als Innenminister, der für Enteignungsverfahren zuständig ist, weiß, worüber er redet.

Und hier liegt des Pudels Kern. Das Wichtigste bei der ganzen Übung mit der Freileitung ist: Es würde E.ON Netz GmbH überhaupt nichts ausmachen, ein Erdkabel zu bauen. Das machen die mit links. Aber die Freileitung hat einen entscheidenden Vorteil, nämlich den Zeitgewinn.

Sie wählen die Variante, die am meisten Flächenwiderstand auslöst. Sie lassen sich liebend gern verklagen, lassen dann unseren Innenminister die Enteignungsverfahren mühselig durchziehen, um irgendwann einmal die Leistung von Windmühlen, die zurzeit schon nicht abgeführt werden kann - die zukünftig zuzubauenden Kapazitäten würden auf das gleiche Hemmnis stoßen -, ja nicht ins Netz zu lassen und bezahlen zu müssen.

Die Landesregierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, nimmt hin, dass **E.ON** in Gesprächen an keiner Stelle ernsthaft und verbindlich eine **Erdkabellösung** als Alternative nachvollziehbar auch nur prüft. Weder werden die erforderlichen netztechnischen Spezifikationen vorgelegt beziehungsweise diskutiert, noch werden vorhandene Planungen und Genehmigungen ernsthaft geprüft, geschweige denn übernommen. Von E.ON heißt es immer nur: Das geht nicht; es ist viel zu teuer.

Das zentrale Gegenargument von E.ON waren immer die etwas höheren Kosten des Erdkabels. Aber

auch auf den Ansatz, mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz genau dieses Argument zu entkräften, fällt der Landesregierung nur die Plattitüde ein, dass es sich um eine Kannbestimmung und nicht um eine Erdkabelpflicht handele.

Dies lässt erkennen, dass im Wirtschaftsministerium der Wille, der in der regenerativen Energie tätigen Wirtschaft zu helfen, nicht vorhanden ist. Der Wirtschaftsminister stellt sich an die Seite des Netzbetreibers E.ON, und zwar gegen die Unternehmen der Wind-, Biomasse- und Solarenergiebranche.

In dieser Situation hilft der SSW-Antrag weiter, der eine gesetzliche Erdkabelbaupflicht auf der 110-KV-Spannungsebene verankern will.

Meine Damen und Herren, wir haben es mit einer Zieltrias zu tun und das hat auch etwas mit Kosten zu tun.

Herr Callsen, hören Sie genau zu: Das EnWG hat in seiner Zielbestimmung in einer Hinsicht den Vorteil günstigerer Kosten. Auch ist mehr Verbrauchertransparenz vorhanden. Vorteile ergeben sich auch für die Umwelt. In agrarwirtschaftlicher Hinsicht ist ein besseres Auspflügen möglich. Das Landschaftsbild wird nicht gestört, auch nicht der Vogelschlag und so weiter. Es handelt sich hier um volkswirtschaftliche, um ökonomische Ziele. Dabei haben wir bisher nur die eine Seite betrachtet und uns von E.ON einiges vorführen lassen. Wir müssen die Problematik aber ganzheitlich sehen.

Daher werden wir dem SSW-Antrag gern zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Minister Austermann hat das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe heute zwei neue Varianten kennengelernt. Die eine ist, dass man zu dem Beitrag, zu dem man vorgeesehen ist, nicht erscheint, und die zweite Variante ist, dass man, wenn man hier ist, nicht zuhört.

Ich habe ganz deutlich gemacht, dass wir mit GEO und E.ON Verhandlungen geführt haben. Der Sinn einer Debatte ist, dass man Informationen austauscht.

Aufgrund der Gespräche hat GEO eine neue Planung erstellt, die deutlich über die Kapazität, die

(Minister Dietrich Austermann)

für das Erdkabel bisher vorgesehen war, hinausgeht. Und jetzt müssen wir in den Gesprächen, wie es zwischen E.ON-Netz und uns vereinbart war, austesten, ob die Mehrkosten, die durch das Erdkabel entstehen, so gering sind, dass es unproblematisch ist, die entsprechende Planung zu übernehmen, das heißt, Erdkabel zu verlegen.

Herr Matthiessen, ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie hier zuhört. Sonst brauche ich demnächst nicht mehr hierher zu kommen und das zu erläutern, was in unserem Bericht steht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe es schon verstanden!)

- Ich habe schon angenommen, dass Sie es verstanden haben; sonst würden Sie sich zum selben Thema ja gleich noch melden.

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass jeder, der dieser Debatte folgt, schon aus der letzten Debatte weiß, dass wir gesagt haben: Wir bemühen uns um eine einvernehmliche Position zwischen den Beteiligten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn hier Argumente nicht nur vorgetragen, sondern auch ausgetauscht werden in der Weise, dass jeder demjenigen, der gerade redet, zuhört. Das wäre ein Gewinn für die Debatte und dann macht es auch Sinn, das Thema im Ausschuss weiter zu beraten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/1282 - Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturbeschleunigungsgesetz -, abstimmen. Es ist Überweisung beantragt worden, und zwar zur Federführung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Innen- und Rechtsausschuss. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist so geschehen.

Dann kommen wir zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1288, betreffend Verstärkung des Stromnetzes in Schleswig-Holstein. Es ist Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir nähern uns dem Ende der Sitzung. Bevor wir zu den Punkten ohne Aussprache kommen, habe ich zwei gute Nachrichten: Der Herr Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Neugebauer, hat mich gebeten, bekanntzuge-

ben, was Sie vielleicht schon wissen, dass sowohl die Sitzung des Wirtschaftsausschusses als auch die für danach vorgesehene Finanzausschusssitzung heute ausfallen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6/1156

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 16/1269

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Finanzausschuss haben sich mit dem ihnen überantworteten Entwurf in ihren Sitzungen befasst und dazu Stellungnahmen eingeholt. Im Einvernehmen mit dem Innen- und Rechtsausschuss darf ich Ihnen als Vorsitzender des Finanzausschusses mitteilen, dass wir dem Plenum einstimmig vorschlagen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Erster Medienänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1247

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1247 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1252

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1252 dem Finanzausschuss und dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1253 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1253 (neu) dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Logistikkonzept für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1256

Das ist ein Berichtsantrag zur 23. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir stimmen in der Sache ab. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1256 einstimmig angenommen.

(Unruhe)

- Ich wäre dankbar, wenn das Geräusch zur Rechten ein bisschen leiser würde.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1260 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Abstimmung in der Sache vor. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Damit ist der Antrag Drucksache 16/1260 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Bericht zur Eingangsphase der Grundschule

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1290

Das ist ein Berichtsantrag zur 24. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Abstimmung in der Sache vor. Wer dem eben genannten Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1290 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Lokale Bündnisse für Familien in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1295

Das ist ein Berichtsantrag zur 23. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Abstimmung in der Sache: Wer dem eben genannten Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1295 einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Gemeinsame Beratung

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

a) Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängerinnen und -empfängern

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/83

b) Förderung von Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/91

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/1230

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die genannten Anträge sind dem Sozialausschuss federführend und dem Wirtschaftsausschuss mitberatend durch Plenarbeschluss vom 27. Mai 2005 überwiesen worden. Der federführende Sozialausschuss hat sich mit diesen Anträgen in zwei Sitzungen, zuletzt am 8. Februar 2007, beschäftigt. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig bei Zustimmung der jeweiligen Antragsteller, die Anträge für erledigt zu erklären. Diesem Votum hat sich der Wirtschaftsausschuss in seiner Sitzung am 28. Februar 2007 angeschlossen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer der vorgetragenen Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit sind die Anträge Drucksachen 16/83 und 16/91 für erledigt erklärt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Kinderförderung wichtiger als Ehegattensplitting

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1138

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 16/1268

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf den Text der Drucksache 16/1268 und darf Ihnen im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Sozialausschuss empfehlen, den Antrag abzulehnen. Im Finanzausschuss fand er nur die Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, während CDU, SPD und FDP ihn abgelehnt haben.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer der Beschlussempfehlung, den Antrag Drucksache 16/1138 abzulehnen, folgen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Der Antrag Drucksache 16/1138 ist mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Organstreitverfahren von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen der Beantwortung von zwei Kleinen Anfragen

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 16/1279

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem eben genannten Verfahren am 28. Februar 2007 befasst. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie folgt zu beschließen:

(Werner Kalinka)

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt in dem oben genannten Verfahren keine Stellungnahme ab, weil es im schleswig-holsteinischen Parlamentsrecht an vergleichbaren Vorschriften fehlt.“

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, in dem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist diese Ausschussempfehlung mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW so angenommen worden.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 25 auf:

Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1086

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 16/1281

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verweise auf die Vorlage Drucksache 16/1281. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP und bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Antrag in der Fassung der Drucksache 16/1281 mehrheitlich angenommen worden.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 16/1086 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Einsetzung einer Expertenkommission für eine Kommunal- und Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1215

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/1293

Ich erteile erneut dem Berichterstatter des Innenausschusses, dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der vergangenen Plenartagung hatten Sie uns den Antrag überwiesen. Wir haben zügig gearbeitet und am 7. März das Thema erledigt. Wir haben mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Abgeordneten des SSW „Einsetzung einer Expertenkommission für eine Kommunal- und Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein“, Drucksache 16/1215, abzulehnen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1215. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist die Beschlussempfehlung Drucksache 16/1293 mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Sprachheilverförderung in Schleswig-Holstein

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 16/1299

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten, Sylvia Eisenberg, das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Der Landtag hat in der Januar-Tagung den Berichts Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Programm des Landes zur vorschulischen Sprachförderung“

(Sylvia Eisenberg)

angenommen, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, dem Landtag zur Mai-Tagung einen Bericht über die Umsetzung des Landesprogramms zur vorschulischen Sprachförderung in Schleswig-Holstein vorzulegen. In der Februar-Tagung hat der Landtag - nach meiner Erinnerung ebenfalls einstimmig - den Berichtsantrag der Fraktionen von CDU und SPD „Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein“ angenommen, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, zur Juli-Tagung einen Bericht über die Entwicklung der Sprachheilförderung in Schleswig-Holstein vorzulegen, also zwei Berichtsanträge.

Weil sich beide Berichtsanträge in der Sache überschneiden und ergänzen, hat der Bildungsausschuss in seiner letzten Sitzung am 8. März 2007 im Rahmen des Selbstbefassungsrechts auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die beiden Berichtsanträge zu einem Antrag mit dem Thema „Sprachförderung in Schleswig-Holstein“ zusammenzufügen, dessen Fassung Ihnen mit der Drucksache 16/1299 vorliegt.

Durch die Annahme dieser Beschlussempfehlung werden die beiden eingangs genannten Landtagsbeschlüsse aufgehoben und die Landesregierung gebeten, zu den aufgeführten Fragen bis zur Juli-Ta-

gung einen schriftlichen Bericht über die Sprachförderung in Schleswig-Holstein vorzulegen.

Im Namen der Mitglieder des Bildungsausschusses bitte ich Sie, diesem Verfahren zuzustimmen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen, sodass wir zur Abstimmung kommen. Wer diesem Verfahren zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist die Drucksache 16/1299 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Wir treffen uns am 9. Mai zur nächsten Tagung und ich wünsche Ihnen für die Ostertage Sonnenschein und Erholung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:32 Uhr